

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1992

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Zerlegung der Lohnsteuer nach dem Wohnsitzprinzip	163	Die Lohnsteuer steht dem Wohnsitzland des Steuerpflichtigen zu. Abweichungen vom Wohnsitzprinzip als Folge einer zentralen Lohnbuchhaltung und aufgrund von Berufspendlern werden durch die Lohnsteuerzerlegung korrigiert.
--	-----	---

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1991	166	Neben der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen werden auch die dahinterstehenden Veränderungsdaten, das heißt begonnene und beendete Beschäftigungsverhältnisse, im zurückliegenden Zeitraum seit 1983 dargestellt.
--	-----	--

Entwicklung der Verbraucherpreise seit Juni 1991	172	Nachdem im Jahre 1990 die Preise noch relativ stabil waren, hat sich 1991 und in der ersten Jahreshälfte 1992 das Preisklima merklich verschlechtert.
---	-----	---

Ernteerträge und -aussichten 1992	176	Es wird ein Überblick über die Ergebnisse der bisherigen Ernteermittlungen und die im Juni bzw. Juli bestehenden Ertragsaussichten bei Feldfrüchten, Obst, Gemüse und Wein gegeben.
--	-----	---

Bruttowertschöpfung im Bauhauptgewerbe – Neues Rechenverfahren in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen –	181	Im Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder ist das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz mit den Berechnungen für das Baugewerbe betraut. Im Zuge der kürzlich abgeschlossenen Revision wurde ein neues Verfahren zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung im Bauhauptgewerbe eingeführt.
---	-----	--

Anhang	57*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	63*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Zahl der Beschäftigten 1991 auf neuem Höchststand

Am 30. Juni 1991 wurden für Rheinland-Pfalz 1,198 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer gezählt. Seit dem Tiefststand des Jahres 1983 hat sich die Zahl der Beschäftigten um 126 431 Personen bzw. 11,8 % erhöht. Von dieser Zunahme haben die Frauen mit + 18,9 % deutlich stärker profitiert als die Männer (+ 7,4 %). Hauptursache dafür ist die starke Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung bei den Frauen. Ihre Zahl ist zwischen 1983 und 1991 um 45 534 oder 62,1 % auf 118 817 Beschäftigte gestiegen.

Im zurückliegenden Zeitraum seit 1983 ist auch eine Umschichtung der Beschäftigten in beruflicher und wirtschaftlicher Gliederung zu erkennen. Die Zahl der Arbeiter hat sich nur um 5,3 %, die der Angestellten dagegen um 19,7 % erhöht. Gleichzeitig nahm die Beschäftigtenzahl in technischen Berufen mit 27,1 % und in Dienstleistungsberufen mit 16,3 % weit überdurchschnittlich (+ 11,8 %) zu, während es 1991 nur 4,4 % mehr Arbeitnehmer in Fertigungsberufen gab als 1983. Die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungsbereiches wird auch in den nach Wirtschaftsbereichen gegliederten Beschäftigtenzahlen erkennbar. Waren 1983 erst 32,2 % aller Beschäftigten in diesem Bereich tätig, belief sich dieser Anteil 1991 bereits auf 34,2 %. Im gleichen Zeitraum ging der Anteil des produzierenden Gewerbes um 2 Prozentpunkte auf 47,3 % zurück.

Hinter den jährlichen Bestandsveränderungen der Beschäftigtenzahlen steckt eine beachtliche Fluktuation von Arbeitnehmern, was durch die Zahl der begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnisse zum Ausdruck kommt. So setzte sich die Zunahme des Jahres 1990 in Höhe von 39 613 Beschäftigten aus 384 616 An- und 345 003 Abmeldungen zusammen. Von den Bewegungen eines Jahres sind Arbeiter stärker als Angestellte, Teilzeitbeschäftigte stärker als Vollzeitbeschäftigte und Ausländer stärker als Deutsche betroffen. Mitte des Jahres 1990 gehörten fast 48 % aller Arbeitnehmer zur Gruppe der Angestellten. An den begonnenen Beschäftigungsverhältnissen 1990 waren letztere aber nur mit 36,2 % und an den beendeten mit 33,8 % beteiligt. Die Aufgliederung der Daten nach Wirtschaftsabteilungen zeigt starke Unterschiede in einzelnen Bereichen. Gründe dafür sind saisonale und konjunkturelle Einflüsse. Beispielsweise hatten die Abteilungen Baugewerbe, Verkehr und private Dienstleistungen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an den begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnissen, während Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe sowie Gebietskörperschaften und So-

zialversicherung wenig von den Fluktuationen berührt waren. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 166

Lohnsteuererlegung 1989

Die Ansprüche von Rheinland-Pfalz aus der Lohnsteuererlegung 1989 sind gegenüber 1986, dem letzten Jahr einer Lohnsteuerstatistik, um 21,4 % auf 2,8 Mrd. DM gestiegen. Gleichzeitig nahm die Ausgleichsverpflichtung um 31,7 % auf fast 1 Mrd. DM zu, so daß für Rheinland-Pfalz Netto-Ansprüche gegenüber den anderen Bundesländern von insgesamt 1,8 Mrd. DM verbleiben. Annähernd 93 % der Netto-Ansprüche bestehen gegenüber den vier Nachbarländern Hessen (35,2 %), Nordrhein-Westfalen (30,4 %), Baden-Württemberg (22,3 %) und Saarland (4,5 %). Auf Grundlage der Daten aus der Volkszählung 1987 kann geschlossen werden, daß etwa die Hälfte der Zerlegungsfälle, die zu Ansprüchen an Baden-Württemberg und an das Saarland führen, durch rheinland-pfälzische Auspendler bedingt sind. Die übrigen Fälle sind auf die zentrale Lohnabrechnung von Unternehmen außerhalb von Rheinland-Pfalz für hiesige Arbeitnehmer zurückzuführen. kg

Mehr über dieses Thema auf Seite 163

Bruttowertschöpfung im Bauhauptgewerbe

In der arbeitsteiligen Organisation des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder betreut das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz unter anderem die Einkommensentstehungsrechnung im Baugewerbe. Für die nunmehr abgeschlossene Revision 1991 wurde eine neue Methode zur Berechnung der Bruttowertschöpfung im Bauhauptgewerbe entwickelt. Im Hinblick auf die dabei angestrebten Ziele konnte nur die maschinelle Verarbeitung von Einzeldatensätzen als angemessene technische Lösung gelten. Dieses Konzept bietet zahlreiche Vorteile, die sich sowohl auf die realisierbaren methodischen Ansätze als auch auf die Qualität der Ergebnisse beziehen.

Ausgehend vom Bruttoproduktionswert (Gesamtleistung bzw. Gesamtumsatz) und den Vorleistungen, die teilweise mit Hilfe von Vorleistungsquoten geschätzt werden müssen, wird zunächst die Bruttowertschöpfung der Unternehmen ermittelt. Bei Mehrbetriebsunternehmen wird die Bruttowertschöpfung nach der Höhe der Brutto Lohn- und -gehaltssummen der Betriebe auf die örtlichen Einheiten aufgeschlüsselt. Da als regionales Zuordnungsmerkmal der Kreis gespeichert ist, können im Ergebnis nicht nur Landeswerte, sondern auch Kreiswerte bereitgestellt werden. ly

Mehr über dieses Thema auf Seite 181

Im 1. Halbjahr 1992 fast 11 % mehr Steuereinnahmen des Landes

Die Steuereinnahmen des Landes nahmen im ersten Halbjahr 1992 **nach Steuerverteilung** um 547 Mill. DM auf rund 5,7 Mrd. DM zu. Das sind 10,7 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Zu dieser Entwicklung trugen vor allem die dem Land verbliebenen Steuern vom Einkommen mit einer Zunahme um 357 Mill. DM oder gut 12 % auf über 3,3 Mrd. DM bei. Hierbei verzeichnete die Lohnsteuer, gefolgt von der Kapitalertragsteuer, die höchsten Mehreinnahmen. Der Anteil des Landes an den Steuern vom Umsatz erhöhte sich um 45 Mill. DM (+ 3 %) auf knapp 1,6 Mrd. DM.

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im Juli 1992		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu Juli 1991 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	112,8	2,9
Bekleidung, Schuhe	113,2	2,9
Wohnungsmieten	123,8	5,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	89,8	0,9
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	114,5	3,5
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	118,1	3,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	117,7	2,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	112,2	3,8
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	122,9	2,9
Gesamtlebenshaltung	115,2	3,3
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	115,1	3,3
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	115,8	3,2
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	115,4	3,4

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Die reinen Landessteuern nahmen um rund 132 Mill. DM (+ 21,3 %) auf 751 Mill. DM zu, im wesentlichen durch die Kraftfahrzeugsteuer (+ 114 Mill. DM oder 40,9 %). Die hohe Zunahme der Kraftfahrzeugsteuer dürfte ihren Grund im Auslaufen der Steuervergünstigung beim Einbau eines Katalysators haben. bu

Erhöhung der Verbraucherpreise in der ersten Jahreshälfte 1992

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Gebiet der Bundesrepublik Deutschland lag im Juni 1992 um 4,3 % höher als ein Jahr zuvor. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat ist allerdings nahezu ausschließlich auf die zum 1. Juli 1991 wirksam gewordenen Erhöhungen der Verbrauchsteuern und Gebühren im Telefon- und Postdienst zurückzuführen. Von Januar bis Juni dieses Jahres verstärkte sich der Anstieg der Verbraucherpreise. Die jeweiligen Steigerungsraten gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat lagen zwischen 4 und 4,8 %, wobei die Preisentwicklung durch niedrige Importpreise entlastet worden ist. Eine Sonderrechnung des Preisindex für die Lebenshaltung, bei der flüssige Brenn- und Kraftstoffe unberücksichtigt bleiben, weist für Juni 1992 eine Verteuerung der Lebenshaltung um 4 % gegenüber dem Juni des Vorjahres aus.

Teuerungstendenzen waren im 2. Halbjahr 1991 und in der ersten Jahreshälfte 1992 in jedem der neun Teilindizes des privaten Verbrauchs zu beobachten, am stärksten beim Teilindex Verkehr und Nachrichtenübermittlung, der im Juni dieses Jahres mit 6,7 % über dem des gleichen Vorjahresmonat lag. Der Index für die Wohnungsmiete stieg um 5,2 % an, während der für Energie (ohne Kraftstoffe) mit 2,4 % die geringste Preisanhebung zu verzeichnen hatte. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 172

Umsatz im Schuheinzelhandel und in Drogerien kräftig gestiegen

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel verzeichnete von Januar bis Mai 1992 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ein Umsatzplus von 2,3 %. Die nominalen Umsätze nahmen im Schuheinzelhandel um 12 %, in den Drogerien um 11 % zu. Die Erlöse aus dem Verkauf von Brennstoffen (- 16 %) und Kraftwagen (- 2,6 %) waren in den ersten fünf Monaten rückläufig. Beim Handel mit Kraftwagen wurden allerdings im Frühjahr 1991 durch die ostdeutschen Konsumenten hohe Umsätze erzielt. kl

Zerlegung der Lohnsteuer nach dem Wohnsitzprinzip

Der Anspruch auf die Einkommensteuer steht unmittelbar demjenigen Land zu, in dem der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz hat (Wohnsitzprinzip). Durch den Lohnsteuerabzug an der Einkommensquelle (nach dem Einkommensteuergesetz hat der Arbeitgeber die einbehaltene Lohnsteuer grundsätzlich an das für die Betriebsstätte zuständige Finanzamt abzuführen) entstehen Abweichungen vom Wohnsitzprinzip, die durch die Lohnsteuerzerlegung korrigiert werden. Abweichungen vom Wohnsitzprinzip treten dann auf, wenn ein Arbeitnehmer zu seiner Arbeitsstätte in ein anderes Bundesland pendelt oder wenn ein Arbeitnehmer bei einem Zweigbetrieb beschäftigt ist, dessen Lohn- und Gehaltsabrechnung über die in einem anderen Bundesland gelegene Unternehmenszentrale erfolgt.

Ablauf des Zerlegungsverfahrens

Die Zerlegung der Lohnsteuer ist in dem Gesetz über die Steuerberechtigung und die Zerlegung bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz) in der Fassung vom 25. Februar 1971, zuletzt geändert durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Zerlegungsgesetzes vom 22. Januar 1987, geregelt. Danach wird die von einem Land vereinnahmte Lohnsteuer insoweit zerlegt, als sie von den Bezügen der in den anderen Bundesländern ansässigen unbeschränkt steuerpflichtigen Arbeitnehmer insgesamt einbehalten worden ist. Ein Arbeitnehmer, der zur Einkommensteuer

zu veranlagen ist oder für den ein Lohnsteuerjahresausgleich vorgenommen wird, gilt als in dem Land ansässig, in welchem das für die Einkommensteuerveranlagung oder den Lohnsteuerjahresausgleich örtlich zuständige Finanzamt gelegen ist (Wohnsitzland). In den übrigen Fällen gilt als Wohnsitzland das Land, in dem die Lohnsteuerkarte des Arbeitnehmers ausgestellt worden ist.

Als Datenbasis der Lohnsteuerzerlegung dienen die auf den Lohnsteuerkarten vermerkten Angaben über die einbehaltene Lohnsteuer, den Wohnort der Lohnsteuerpflichtigen und das Finanzamt, an welches die Lohnsteuer abgeführt wurde. Die Finanzämter leiten die Lohnsteuerkarten den statistischen Landesämtern der Wohnsitzländer zur Auswertung zu. Dort werden die Lohnsteuer, die nicht vom Wohnsitzland vereinnahmt worden ist und die hiervon auf die einzelnen Einnahmeländer entfallenden Zerlegungsbeträge ermittelt. Das Statistische Landesamt des Wohnsitzlandes teilt die jeweiligen Zerlegungsbeträge den obersten Finanzbehörden der Einnahmeländer mit. Aus diesen Angaben errechnen die Finanzbehörden Zerlegungsquoten, die die Ansprüche der Wohnsitzländer an das betreffende Einnahmeland festlegen.

Entsprechend der Periodizität der Lohnsteuerstatistik werden die Zerlegungsquoten alle drei Jahre errechnet. In den beiden Jahren zwischen zwei Lohnsteuerstatistiken bleiben die angewandten Zerlegungsquoten unverändert. So werden auf Grundlage der Ergebnisse der

Von den Finanzämtern anderer Länder vereinnahmte Lohnsteuer rheinland-pfälzischer Arbeitnehmer 1986 und 1989

Ausgleichspflichtiges (Einnahme-) Land	Zerlegungsfälle			Zerlegungsbeträge		
	1986	1989	Veränderung	1986	1989	Veränderung
	Anzahl		%	1 000 DM		%
Schleswig-Holstein	1 640	1 962	+ 19,6	12 017	15 588	+ 29,7
Hamburg	6 547	7 130	+ 8,9	56 928	71 845	+ 26,2
Niedersachsen	6 261	7 583	+ 21,1	39 751	51 694	+ 30,0
Bremen	968	1 005	+ 3,8	6 015	7 041	+ 17,1
Nordrhein-Westfalen	101 015	107 410	+ 6,3	595 903	715 494	+ 20,1
Hessen	116 442	122 484	+ 5,2	735 852	914 626	+ 24,3
Baden-Württemberg	88 784	95 047	+ 7,1	564 321	682 138	+ 20,9
Bayern	21 824	21 851	+ 0,1	132 479	157 041	+ 18,5
Saarland	30 024	29 678	- 1,2	143 720	159 756	+ 11,2
Berlin (West)	1 514	1 718	+ 13,5	7 796	10 299	+ 32,1
Insgesamt	375 019	395 868	+ 5,6	2 294 784	2 785 522	+ 21,4

Von rheinland-pfälzischen Finanzämtern vereinnahmte Lohnsteuer der in anderen Bundesländern ansässigen Arbeitnehmer 1986 und 1989

Anspruchsberechtigtes (Wohnsitz-) Land	Zerlegungsfälle			Zerlegungsbeträge		
	1986	1989	Veränderung	1986	1989	Veränderung
	Anzahl		%	1 000 DM		%
Schleswig-Holstein	2 257	3 021	+ 33,9	19 406	26 694	+ 37,6
Hamburg	980	1 222	+ 24,7	8 910	11 670	+ 31,0
Niedersachsen	3 360	4 060	+ 20,8	24 751	34 079	+ 37,7
Bremen	361	471	+ 30,5	2 506	3 019	+ 20,5
Nordrhein-Westfalen	18 515	21 031	+ 13,6	127 961	170 099	+ 32,9
Hessen	29 624	33 178	+ 12,0	227 832	283 245	+ 24,3
Baden-Württemberg	24 286	28 427	+ 17,1	211 807	282 075	+ 33,2
Bayern	7 044	11 861	+ 68,4	54 332	91 391	+ 68,2
Saarland	10 753	12 039	+ 12,0	64 681	78 357	+ 21,1
Berlin (West)	1 306	1 409	+ 7,9	11 865	12 742	+ 7,4
Insgesamt	98 486	116 719	+ 18,5	754 049	993 372	+ 31,7

vorliegenden Lohnsteuerzerlegung für das Feststellungsjahr 1989 die Quoten der Jahre 1992 bis 1994 bestimmt.

Zerlegungsansprüche 1989 gegenüber 1986 um 21,4 % auf 2,8 Mrd. DM gestiegen

Im Jahre 1989 ist in 395 868 Fällen die Lohnsteuer von Arbeitnehmern mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz einem anderen Bundesland zugeflossen. Damit ist jede vierte der 1,6 Mill. bei rheinland-pfälzischen Finanzämtern eingereichten Lohnsteuerkarten ein Zerlegungsfall. Im Vergleich zu 1986 ist die Zahl der Zerlegungsfälle, die für Rheinland-Pfalz einen Anspruch an die Einnahmestellen begründen, insgesamt um 5,6 % gestiegen. Den größten Anteil an dieser Zunahme haben in absoluten Zahlen betrachtet die drei Nachbarländer Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg mit jeweils mehr als 6 000 Fällen. Die relative Veränderung ist gegenüber Niedersachsen mit 21,1 % und Schleswig-Holstein mit 19,6 % am stärksten. Lediglich gegenüber dem Saarland ist ein Rückgang um 346 Fälle oder 1,2 % zu verzeichnen.

Die Zerlegungsansprüche von Rheinland-Pfalz an die anderen Bundesländer sind – wie aufgrund der allgemeinen Lohnsteigerungen in den Jahren 1986 bis 1989

zu erwarten war – stärker gestiegen als die Zahl der Fälle. Mit einem Betrag von 2,8 Mrd. DM übertreffen die gesamten Zerlegungsansprüche von Rheinland-Pfalz 1989 das Ergebnis von 1986 um 491 Mill. DM, was einem Zuwachs von 21,4 % entspricht. Von dieser Steigerung am stärksten betroffen sind die Länder Hessen mit 179 Mill. DM, Nordrhein-Westfalen mit 120 Mill. DM und Baden-Württemberg mit 118 Mill. DM.

Ausgleichsverpflichtungen wachsen mit 31,7 % stärker als Ansprüche

Andererseits wurde in Rheinland-Pfalz für 116 719 Arbeitnehmer mit Wohnsitz in einem anderen Bundesland von den Arbeitgebern Lohnsteuer abgeführt. Verglichen mit 1986 bedeutet dies eine Steigerung um 18 233 Fälle oder 18,5 %. Den größten Anteil an dieser Entwicklung hatte Bayern mit einer Zunahme um 4 817 Fälle oder 68,4 %. Die gesamten Verpflichtungen von Rheinland-Pfalz aus der Lohnsteuerzerlegung 1989 nahmen gegenüber 1986 um 31,7 % zu und erreichten damit fast 1 Mrd. DM. Der starke Anstieg der Ausgleichsverpflichtungen schwächte den Zuwachs der Netto-Ansprüche von Rheinland-Pfalz ab. Im Vergleich zu 1986 sind die Netto-Ansprüche um 16,3 % auf 1,8 Mrd. DM gestiegen. Annähernd 93 % der Netto-Ansprüche bestehen gegenüber den vier Nachbarlän-

Lohnsteuerbeträge je Zerlegungsfall in Rheinland-Pfalz 1986 und 1989

Bundesland	Anspruch von Rheinland-Pfalz			Verpflichtung von Rheinland-Pfalz		
	1986	1989	Veränderung	1986	1989	Veränderung
	1 000 DM		%	1 000 DM		%
Schleswig-Holstein	7 328	7 945	+ 8,4	8 598	8 836	+ 2,8
Hamburg	8 695	10 076	+ 15,9	9 092	9 550	+ 5,0
Niedersachsen	6 349	6 817	+ 7,4	7 366	8 394	+ 14,0
Bremen	6 214	7 006	+ 12,8	6 941	6 410	- 7,7
Nordrhein-Westfalen	5 899	6 661	+ 12,9	6 911	8 088	+ 17,0
Hessen	6 319	7 467	+ 18,2	7 691	8 537	+ 11,0
Baden-Württemberg	6 356	7 177	+ 12,9	8 721	9 923	+ 13,8
Bayern	6 070	7 187	+ 18,4	7 713	7 705	- 0,1
Saarland	4 787	5 383	+ 12,5	6 015	6 509	+ 8,2
Berlin (West)	5 150	5 995	+ 16,4	9 085	9 043	- 0,5
Insgesamt	6 119	7 036	+ 15,0	7 656	8 511	+ 11,2

dem Hessen (35,2 %), Nordrhein-Westfalen (30,4 %), Baden-Württemberg (22,3 %) und Saarland (4,5 %). Für die beiden Länder Schleswig-Holstein und Berlin (West) übertreffen die Verpflichtungen von Rheinland-Pfalz dessen Ansprüche, so daß von Rheinland-Pfalz Ausgleichszahlungen in Höhe von 11 Mill. DM bzw. 2,5 Mill. DM an diese Länder zu leisten sind.

Entwicklung der durchschnittlichen Zerlegungsbeträge

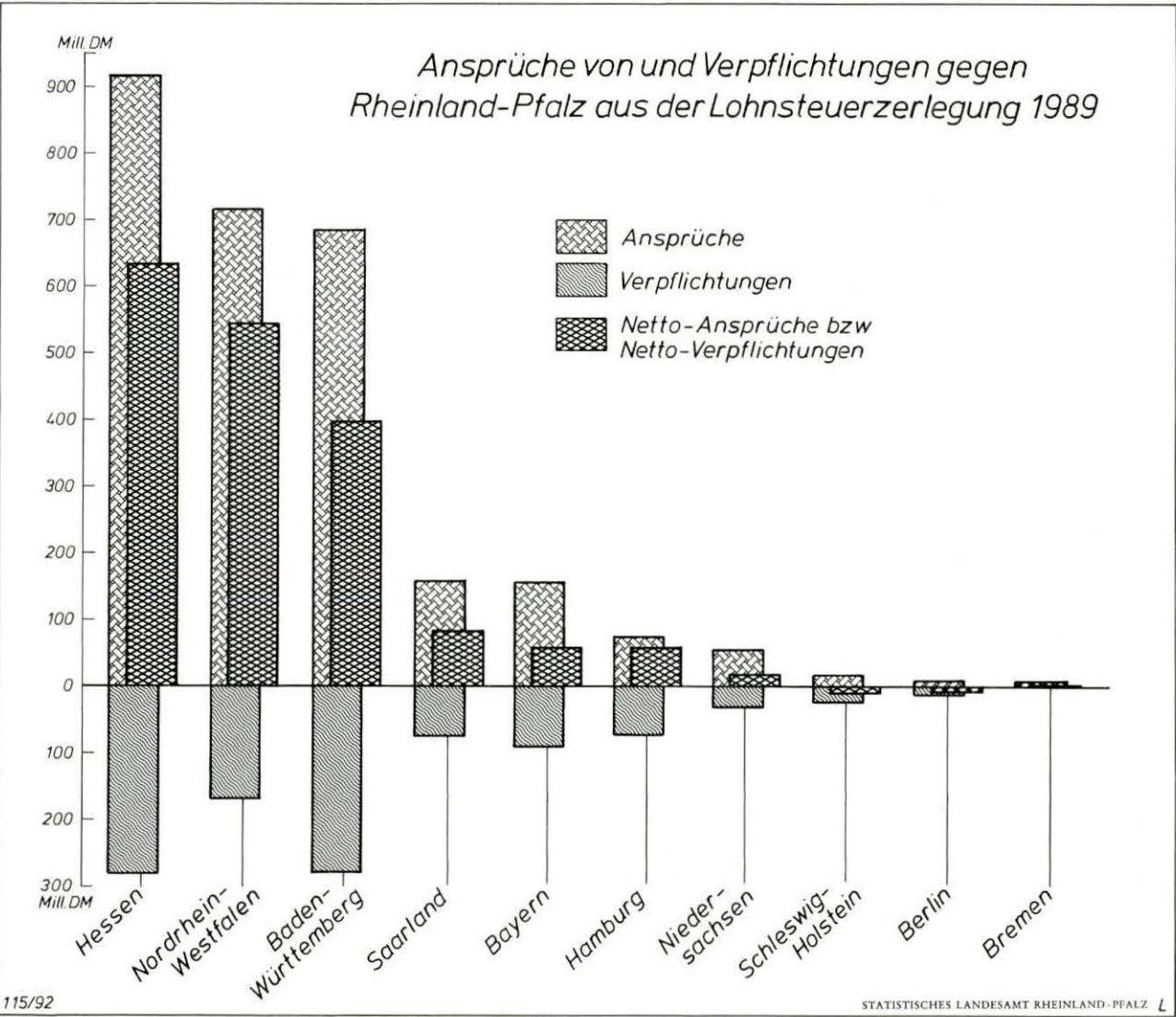
Die durchschnittlich gezahlte Lohnsteuer je Zerlegungsfall beträgt 1989 für Rheinland-Pfalz als anspruchsberechtigtes Wohnsitzland 7 036 DM und als ausgleichsverpflichtetes Einnahmeland 8 511 DM. Im Vergleich zu 1986 hat sich der Abstand zwischen durchschnittlichem Anspruch und durchschnittlicher Ausgleichsverpflichtung um 4 % verringert. Dadurch ist zumindest teilweise die negative Wirkung der im Vergleich zu den Fällen von Anspruchsberechtigung erheblich stärkeren Zunahme der Fälle einer Ausgleichsverpflichtung (5,6 % gegenüber 18,5 %) auf die Entwicklung der Netto-Ansprüche von Rheinland-Pfalz ausgeglichen worden.

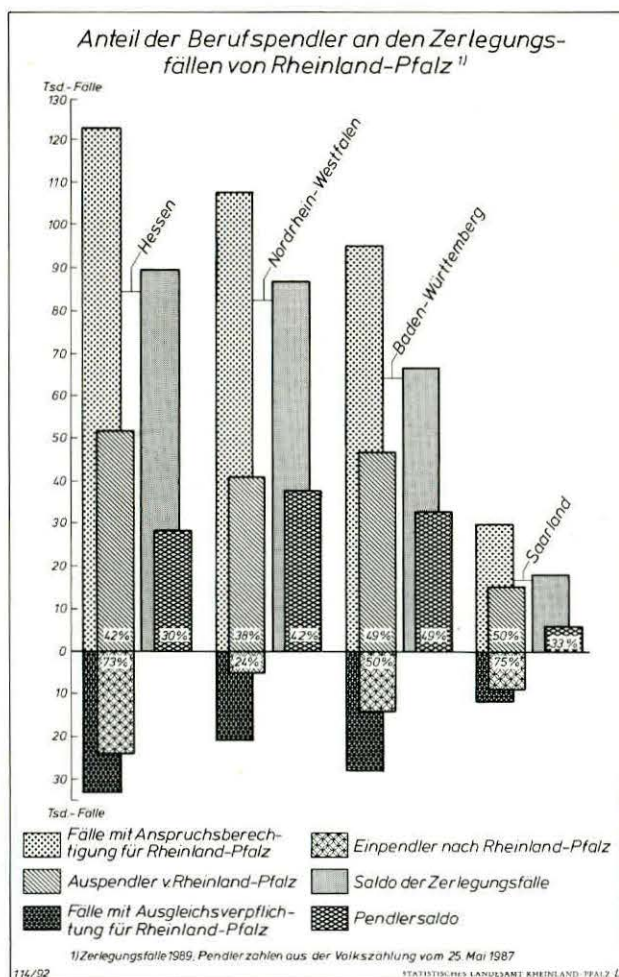
Aufkommen aus Lohnsteuerzerlegung 1991 beträgt 2 Mrd. DM

Das kassenmäßige Aufkommen aus der Lohnsteuerzerlegung für 1991, das letzte Jahr für das die Zerlegungsquoten des Feststellungsjahres 1986 zugrunde gelegt werden, beläuft sich auf 1,98 Mrd. DM. Davon stehen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Bund jeweils 42,5 % zu, was einem Betrag von jeweils 841 Mill. DM entspricht. Die Differenz von 15 % oder 297 Mill. DM erhalten die rheinland-pfälzischen Gemeinden. Der Anteil des Aufkommens aus der Lohnsteuerzerlegung in Rheinland-Pfalz am gesamten Steueraufkommen des Landes von 10,86 Mrd. DM beträgt 7,7 %.

Rheinland-Pfalz unter den Ländern mit Netto-Ansprüchen an zweiter Stelle

Das Gesamtvolumen der Lohnsteuerzerlegung unter den 11 alten Bundesländern ist 1989 gegenüber 1986 um 24 % auf 23,2 Mrd. DM gestiegen. Das Land mit den höchsten Netto-Ansprüchen ist 1989 Niedersachsen (2,3 Mrd. DM), gefolgt von Rheinland-Pfalz (1,8 Mrd.





Berechnung des Pendleranteils an den Zerlegungsfällen

Auf Grundlage der Ergebnisse der Volkszählung 1987 läßt sich der Anteil der Pendler an den Zerlegungsfällen des Jahres 1989 in etwa ermitteln. Beispielsweise pendelten 15 330 Erwerbstätige mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz zur Ausübung ihres Berufs ins Saarland. Da in 29 678 Fällen die Lohnsteuer von Arbeitnehmern mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz an Finanzämter des Saarlandes abgeführt wurde, kann der Anteil der Auspendler an den Zerlegungsfällen auf rund 50 % geschätzt werden. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Pendlerzahlen für 1987 erhoben wurden, während sich die Zerlegungsfälle auf 1989 beziehen. Darüber hinaus gehören zu den Erwerbstätigen der Pendlerstatistik nicht nur die lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmer, sondern auch die Selbständigen und die nicht der Lohnsteuerpflicht unterliegenden Arbeitnehmer. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß ein Erwerbstätiger mehr als eine Lohnsteuerkarte abgeben kann, was zu mehr als einem Zerlegungsfall führt.

Hälfte der Anspruchsfälle gegenüber Saarland und Baden-Württemberg durch Auspendler bedingt

Mit der Stärke der rheinland-pfälzischen Auspendlerströme ins Saarland und nach Baden-Württemberg läßt sich etwa die Hälfte der jeweiligen Zerlegungsfälle erklären. Der Anteil der Auspendler nach Hessen und Nordrhein-Westfalen an den Zerlegungsfällen ist mit 42 % bzw. 38 % deutlich niedriger. Während die Auspendler Zerlegungsansprüche für Rheinland-Pfalz begründen, sind die Einpendler aus den anderen Bundesländern eine Ursache der rheinland-pfälzischen Ausgleichsverpflichtungen. Die Einpendler aus Hessen und dem Saarland machen drei Viertel, die Einpendler aus Baden-Württemberg die Hälfte und die Einpendler aus Nordrhein-Westfalen ein Viertel der jeweiligen Zerlegungsfälle aus.

Dr. Hans H. Krieg

DM), Schleswig-Holstein (1,6 Mrd. DM), Bayern (0,9 Mrd. DM), Berlin (0,3 Mrd. DM) und dem Saarland (0,1 Mrd. DM). Netto-Ausgleichsverpflichtungen bestehen 1989 für Hamburg (3,2 Mrd. DM), Nordrhein-Westfalen (1,3 Mrd. DM), Baden-Württemberg (1,0 Mrd. DM), Bremen (0,8 Mrd. DM) und Hessen (0,8 Mrd. DM).

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1991

Das Statistische Landesamt veröffentlicht seit 1977 Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik. Es handelt sich dabei um stichtagsbezogene Auszählungen aus den bei der Bundesanstalt für Arbeit geführten Versicherungskonten aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz. Im folgenden wird der Bestand an Arbeitnehmern zum 30. Juni 1991, nach verschiedenen Merkmalen untergliedert, dargestellt. Es werden nicht nur Bestandsveränderungen gegenüber früheren Stichtagen, sondern auch die hinter diesen Veränderungen stehenden Bewegungen untersucht. Grundlage bilden die vom Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland regelmäßig herausgegebenen Sonderhefte über die Bewegungsdaten der Beschäftigtenstatistik. Mit dieser Vorgehensweise können die auch hinter relativ geringen Bestandsveränderungen

stehenden enormen Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt aufgezeigt werden. Die Bearbeitung derartiger Bewegungen belasten Arbeitsämter, Krankenkassen, Sozialversicherungen und natürlich auch die Unternehmen in beachtlichem Ausmaße.

Ende Juni 1991 neuer Höchststand an Beschäftigten

Am 30. Juni 1991 wurden 1 197 788 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gezählt. Das waren 2,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Jahres 1983, in dem der Tiefststand der Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre erreicht worden war, betrug der Anstieg sogar 11,8 %. Das entspricht einer Zunahme um 126 431 Arbeitnehmer. Die

höchste Beschäftigtenzahl innerhalb eines Jahres wird normalerweise Ende September erreicht, während das Juni-Ergebnis an zweiter Stelle steht. Saisonal bedingt liegen das erste und letzte Quartal eines Jahres deutlich niedriger.

Die günstige Entwicklung der Beschäftigtenzahl der zurückliegenden Jahre, besonders des Jahres 1990, hat sich 1991 abgeschwächt. Lag die Zunahme zwischen Ende Juni 1989 und 1990 noch bei 3,3 %, betrug sie zwischen 1990 und 1991 nur noch 2,8 %. Auch der übliche Anstieg der Arbeitnehmerzahl zwischen erstem und zweitem Quartal eines Jahres fiel 1991 mit 0,6 % bzw. 7 082 Beschäftigten geringer aus als ein Jahr zuvor. Damals betrug die Zunahme noch 10 057 Personen oder 0,9 %. Auch die bereits absehbare Entwicklung im dritten Quartal 1991 zeigt die konjunkturrell bedingte Abschwächung des Arbeitsmarktes im Jahre 1991.

Von der Zunahme der Beschäftigtenzahl der zurückliegenden Jahre haben Frauen deutlich mehr profitiert als Männer. Zwischen 1983 und 1991 nahm die Zahl der weiblichen Arbeitnehmer um 18,9 % bzw. 77 452 zu, die der Männer dagegen nur um 7,4 % oder 48 979 Personen. Auch zwischen Ende Juni 1990 und 1991 nahm die Zahl der beschäftigten Frauen mit 4,3 % wesentlich stärker als die der Männer (+ 1,8 %) zu. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Beschäftigten stieg von 38,2 % im Jahre 1983 auf 40,6 % im Jahre 1991. Ursache für diese deutliche Ausweitung der Frauenbeschäftigung ist in erster Linie der Boom der Teilzeitarbeit. 1983 gab es erst 73 283 teilzeitbeschäftigte Frauen, die der Sozialversicherungspflicht unterlagen, 1991 waren es bereits 118 817, eine Zunahme um 45 534 oder 62,1 %. Das bedeutet, daß 58,8 % der im Vergleich zu 1983 zusätzlich beschäftigten Frauen auf die Zunahme der Teilzeitarbeit zurückzuführen sind. Gegenüber 1990 belief sich die Zunahme für das Jahr 1991 auf 8,2 % für die teilzeitbeschäftigten und auf 4,3 % für die Frauen insgesamt.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1981 bis 1991 nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Stellung im Beruf

Stichtag 30. 6.	Ins- gesamt	darunter			
		Frauen	Ange- stellte	Aus- länder	Teilzeitbe- schäftigte
1981	1 095 715	413 041	477 395	66 016	72 168
1982	1 086 353	413 900	482 333	61 905	77 597
1983	1 071 357	409 094	483 484	58 868	78 975
1984	1 074 240	411 290	484 826	55 705	82 320
1985	1 080 102	417 118	490 453	53 742	87 468
1986	1 090 374	419 488	494 867	53 592	90 548
1987	1 106 335	431 709	515 078	53 199	96 428
1988	1 115 318	439 247	525 300	54 446	101 936
1989	1 128 276	447 365	536 866	56 791	108 157
1990	1 165 059	466 385	556 254	60 981	117 477
1991	1 197 788	486 546	578 914	65 142	126 744

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1991 nach Altersgruppen, Veränderung gegenüber 1983 und Beschäftigtenquoten ¹⁾ 1991 und 1983

Altersgruppe	Be- schäftigte 1991 Anzahl	Verän- derung 1991 zu 1983	Beschäftigtenquote	
			1991	1983
			%	
unter 20 Jahre	65 853	- 43,4	32,6	36,0
20 bis unter 25 Jahre	167 189	1,2	56,9	54,7
25 " " 30 "	187 433	37,3	58,1	52,5
30 " " 40 "	308 458	40,9	54,3	49,9
40 " " 50 "	229 347	- 6,0	50,1	46,8
50 " " 55 "	128 648	37,8	45,4	41,0
55 " " 60 "	84 850	16,4	37,6	33,2
60 " " 65 "	22 429	7,3	10,1	11,1
65 und mehr "	3 581	6,8	1,8	2,2
i n s g e s a m t	1 197 788	11,8	43,1	40,7

1) Berechnung mit Hilfe der Bevölkerung am Wohnort 1982 und 1990 (jeweils 31. 12.)

Stärkste Zunahme der Beschäftigtenquote bei den 25- bis 30jährigen

Bei einer Betrachtung der Beschäftigten nach Altersgruppen und der im Zeitablauf stattfindenden Veränderungen ist zu berücksichtigen, daß ein Teil der Zunahmen oder Abnahmen auf Veränderungen in der Bevölkerungszahl zurückzuführen sind. Will man diesen Effekt ausklammern, kann man die Veränderungsrate der Bevölkerungszahl der Veränderungsrate der Beschäftigtenzahl gegenüberstellen oder eine Art Beschäftigungsquote berechnen. Die Problematik derartiger Vergleiche liegt nicht zuletzt darin, daß die Bevölkerung am Wohnort, die Beschäftigten aber am Arbeitsort gezählt werden. Trotzdem sollen im folgenden solche Vergleichswerte herangezogen werden, da sie, wenn auch eingeschränkt, die Größenordnung der Entwicklung aufzeigen.

Die stärkste prozentuale Abnahme im Zeitraum von 1983 bis 1991 weisen die unter 20 Jahre alten Beschäftigten auf (- 43,4 %), die vergleichbare Bevölkerung ging nur um 37,6 % zurück. Wegen der verlängerten Ausbildung verringerte sich die sogenannte Beschäftigtenquote in dieser Altersgruppe von 36 % im Jahre 1983 auf 32,6 % im Jahr 1991. In den Altersgruppen zwischen 20 und 60 Jahren nahm die Beschäftigtenquote von 1983 bis 1991 durchweg zu, am stärksten (+ 5,6 Prozentpunkte) bei den 25- bis 30jährigen Arbeitnehmern. Das entspricht einem Anstieg der Beschäftigtenzahl dieser Altersgruppe um 37,3 %, während die Bevölkerung vergleichbaren Alters nur um 24,3 % zunahm. Um jeweils 4,4 Prozentpunkte höher als 1983 lag die Beschäftigtenquote 1991 bei den 30 bis 40 und 50 bis 60 Jahre alten Beschäftigten. Bei den über 60jährigen stieg zwar ebenfalls die absolute Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer, aber die Beschäftigtenquote ging im Untersuchungszeitraum etwas zurück, da der Bevölkerungsanstieg weit höher ausfiel.

Die bereits vorher aufgezeigte positive Entwicklung der Beschäftigtenzahlen von Frauen kann bei einer Betrachtung nach Altersgruppen genauer untersucht werden. So stieg die Beschäftigtenquote der Frauen im Alter von 40 bis 50 Jahren zwischen 1983 und 1991 um 10,6 Prozentpunkte auf 41,5 %. Bei den 30- bis 40jährigen Arbeitnehmerinnen lag die Anzahl 1991 um 56,3 % höher als 1983, die gleichaltrige Bevölkerung stieg dagegen nur um 28,3 %. Noch stärker (+ 63 %) fiel der Anstieg bei den weiblichen Beschäftigten zwischen 50 und 55 Jahren aus, während gleichzeitig die Zahl der Frauen dieses Alters nur um 23,7 % zunahm. Die Beschäftigtenquote der Frauen lag nur in der Altersgruppe 20 bis 25 Jahre mit 57,9 % höher als die Gesamtbeschäftigtenquote dieses Alters (56,9 %). In allen anderen betrachteten Altersgruppen lag die Quote bei den Frauen niedriger als die der Gesamtbeschäftigten bzw. der Männer.

Anteil der Angestellten an den Beschäftigten weiter steigend

Von den Ende Juni 1991 gezählten 1,198 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren 618 874 (51,7 %) Arbeiter und 578 914 Angestellte. Im Zeitraum 1983 bis 1991 hat sich die Zahl der Arbeiter um 5,3 %, die der Angestellten um 19,7 % erhöht. Waren 1983 erst 45,1 % aller Beschäftigten als Angestellte tätig, so belief sich deren Anteil 1991 bereits auf 48,3 %. Die seit Jahren zu beobachtende Umgestaltung der Beschäftigtenstruktur in Richtung auf einen höheren Angestelltenanteil hängt eng mit der überdurchschnittlich gestiegenen Zahl weiblicher Arbeitnehmer zusammen. Von der Zunahme aller Angestellten seit 1983 um 95 430 Personen waren 68 702 bzw. 72 % Frauen. Die Zahl der im Angestelltenverhältnis beschäftigten Frauen hat im Zeitraum 1983 bis 1991 um über ein Viertel auf 336 069 zugenommen, so daß jetzt 58,1 % aller Angestellten Frauen sind. Bei den Arbeitern betrug ihr Anteil 1991, ebenso wie bereits 1983, gut 24 %.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1981 bis 1991 nach Wirtschaftsbereichen

Stichtag 30. 6.	Ins- gesamt	darvon			
		Land- und Forstwirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Sonstige
1981	1 095 715	16 409	559 149	189 253	330 904
1982	1 086 353	16 012	544 760	185 375	340 206
1983	1 071 357	16 666	528 645	181 448	344 598
1984	1 074 240	17 790	524 739	180 221	351 490
1985	1 080 102	18 073	522 659	181 458	357 912
1986	1 090 374	17 624	529 283	177 984	365 483
1987	1 106 335	17 265	530 876	182 442	375 752
1988	1 115 318	16 952	530 723	186 539	381 104
1989	1 128 276	16 073	538 291	189 226	384 686
1990	1 165 059	16 356	554 175	196 463	398 065
1991	1 197 788	15 616	566 870	205 185	410 117

Mit der anteilmäßigen Verschiebung zwischen Arbeitern und Angestellten ging auch eine Veränderung der beruflichen Gliederung der Arbeitnehmer einher. Waren 1983 noch 39,9 % aller Beschäftigten in Fertigungsberufen tätig, so belief sich 1991 der Anteil auf 37,3 %. Die Zunahme der Beschäftigtenzahl dieser Berufsgruppe, in der 1991 zu 95,4 % Arbeiter waren, fiel mit 4,4 % weit unterdurchschnittlich (+ 11,8 %) aus. In technischen Berufen waren 1991 fast 79 380 Arbeitnehmer bzw. 6,6 % aller Beschäftigten tätig, eine Zunahme gegenüber 1983 um 27,1 %. Knapp 95 % dieser Arbeitnehmer standen im Angestelltenverhältnis. Einen Dienstleistungsberuf hatten Mitte des Jahres 1991 gut 649 000 Beschäftigte (54,2 %), knapp drei Viertel als Angestellte. Die Zunahme gegenüber 1983 belief sich auf 16,3 % und lag um 4,5 Prozentpunkte über dem Gesamtwachstum an Beschäftigten.

Bei den Frauen wurde die stärkste prozentuale Zunahme seit 1983 in den technischen Berufen registriert. Ihre Zahl stieg um 64 % auf jetzt 11 342 Personen. Erwartungsgemäß liegt der Anteil an der Gesamtzahl der arbeitenden Frauen mit 2,3 % deutlich unter dem Durchschnitt aller Beschäftigten. Etwa vier von fünf Frauen (81,3 %) waren 1991 in einem Dienstleistungsberuf, 15,3 % in einem Fertigungsberuf tätig. Die Zunahme seit 1983 war bei den Dienstleistungsberufen mit 21,5 % überdurchschnittlich hoch (+ 18,9 %), bei den Fertigungsberufen mit einem Plus von 3,2 % relativ niedrig.

Immer mehr Beschäftigte im Dienstleistungsbereich

Mitte 1991 war das produzierende Gewerbe mit 566 870 Arbeitnehmern (47,3 %) der personell stärkste Wirtschaftsbereich, gefolgt vom Dienstleistungsbereich mit 410 117 Beschäftigten (34,2 %). Die Zunahme der Beschäftigtenzahl seit 1983 verteilte sich allerdings sehr unterschiedlich auf diese beiden Bereiche. Während die Arbeitnehmerzahl im produzierenden Gewerbe mit 7,2 % unterdurchschnittlich anstieg, nahm sie im Dienstleistungsbereich mit 19 % deutlich mehr zu als die Gesamtzahl aller Beschäftigten. Auch im Bereich Handel und Verkehr stieg die Zahl der Beschäftigten zwischen 1983 und 1991 mit 13,1 % noch etwas überdurchschnittlich auf einen Anteil von jetzt 17,1 %. Von den 205 185 Beschäftigten waren 103 958 Frauen (50,7 %). Die Zahl der Frauen hat in diesem Wirtschaftsbereich seit 1983 um 18,4 % zugenommen. Die Hauptursache ist die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung. Gehörte 1983 erst jede vierte Frau im Bereich Handel und Verkehr zu den Teilzeitarbeitskräften, so war es 1991 bereits jede Dritte. Dem Anteil nach sind die weiblichen Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich noch stärker als im Handels- und Verkehrsbereich vertreten. 1991 waren drei von fünf Beschäftigten Frauen, 1983 lag der Anteil bei 58 %. Seitdem hat die Zahl der beschäftigten Frauen dieses Bereichs um mehr als ein Viertel, die der Männer dagegen nur um gut 10 % zugenommen. Der Hauptgrund ist auch hier der starke Anstieg der Teilzeitbeschäftigung bei den Frauen um 65,8 % auf nun 68 198. Damit waren 1991 fast 28 % der im Dienstleistungsbereich tätigen Frauen teilzeitbeschäftigt, 1983 lag der Anteil mit nicht ganz 21 % wesentlich niedriger.

An- und Abmeldungen als Hintergrund von Bestandsänderungen

Die jeweils zum Quartalsende durchgeführte Auszählung aller Versichertenkonten gibt die Zahl und die Struktur der Beschäftigten wieder, die zum jeweiligen Zeitpunkt in einem Arbeitsverhältnis stehen. Saldiert man die Ergebnisse zweier Stichtage, erhält man eine positive oder negative Bestandsveränderung. Während Versicherte, deren Beschäftigungsverhältnis an beiden Stichtagen unverändert besteht, den Bestand an Beschäftigten nicht beeinflussen, führen neu begonnene Beschäftigungsverhältnisse zu einer Erhöhung, beendete dagegen zu einem Rückgang der Bestandszahlen.

Im Zusammenhang mit der Auswertung über begonnene und beendete Beschäftigungsverhältnisse, wie sie von der Arbeitsverwaltung seit Mitte 1984 quartalsweise und als Jahressummen veröffentlicht werden, sind noch einige Erläuterungen notwendig. Als begonnenes Beschäftigungsverhältnis wird jede Anmeldung entsprechend § 3 der DEVO (Datenerfassungsverordnung) gezählt. Dazu gehören Meldungen über die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit, aber auch Meldungen im Zusammenhang mit dem Übergang aus einer anderen Beitragsgruppe oder Kasse. Entsprechendes gilt für Abmeldungen gemäß § 4 der DEVO. Personen, die innerhalb des Untersuchungszeitraums mehrere Beschäftigungsverhältnisse haben, sind deshalb sowohl bei begonnenen als auch bei beendeten Beschäftigungsverhältnissen mehrfach gezählt. Aus diesen Gründen dürfen die Ergebnisse nicht als reine Neuzugänge bzw. endgültige Abgänge auf dem Arbeitsmarkt interpretiert werden. Es handelt sich bei den Zugängen vielmehr um eine Zusammenfassung von Personen, die aus einer Schule oder Hochschule in eine Beschäftigung kommen, ihre Arbeitsstelle bzw. ihren Status wechseln oder aus der Arbeitslosigkeit vermittelt werden. Entsprechend sind bei den Abgängen Arbeitnehmer gezählt, die in Rente gehen, arbeitslos werden oder ihre Arbeitsstelle bzw. ihren Status wechseln. Im folgenden wird der Personenkreis aus der Bewegungsstatistik auf seine Struktur untersucht und mit den Daten der Bestandsstatistik verglichen, um vorhandene Besonderheiten aufzuzeigen.

Angestellte von Fluktuationen weniger betroffen als Arbeiter

Im Jahre 1990, dem letzten ergebnismäßig vollständig vorhandenen Jahr, wurden 384 616 begonnene Beschäftigungsverhältnisse gezählt, als beendet wurden 345 003 registriert. Die Zahl der begonnenen Beschäftigungen lag um 24 % höher als 1985, die der beendeten stieg im gleichen Zeitraum nur um 13,3 %. Die Frauen waren bei Beginn und Ende der Beschäftigungen 1990 mit 44 bzw. 42,4 % etwas stärker beteiligt als es ihrem Anteil an der Zahl der Gesamtbeschäftigten zum 30. Juni 1990 entsprach (40 %). Im Jahre 1985 lagen die Anteile bei Zugang (37,6 %) und Abgang (36,4 %) noch geringfügig unter dem entsprechenden Bestandswert von 38,6 %. Relativ wenig beteiligt an den Fluktuationen des Jahres 1990 waren die Angestellten.

Gehörten Mitte des Jahres 47,7 % aller Arbeitnehmer zu den Angestellten, entfielen nur 36,2 % der begonnenen und 33,8 % der beendeten Beschäftigungsverhältnisse auf diese Personengruppe. Umgekehrt liegt der Fall bei den Arbeitern. Diese sind bei den Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt weit überdurchschnittlich vertreten, zwischen 1985 und 1990 allerdings mit abnehmenden Anteilen. Entfielen auf diese Gruppe, bei einem Bestandsanteil von 54,6 %, 1985 noch 68,8 % der begonnenen und 70,8 % der beendeten Beschäftigungsverhältnisse, waren es 1990 nurmehr 63,8 bzw.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse nach ausgewählten Personengruppen

Jahr Viertel- jahr	Ins- gesamt	darunter			
		Frauen	Ange- stellte	Aus- länder	Teilzeitbe- schäftigte
Begonnene Beschäftigungsverhältnisse					
1985	310 418	116 695	96 992	21 995	23 844
1986	315 358	126 701	105 567	22 333	31 529
1987	321 521	131 095	110 968	23 237	34 510
1988	320 530	133 945	111 995	24 947	36 898
1989	350 231	149 646	124 566	29 307	44 180
1990	384 616	169 208	139 168	33 956	50 864
1. Quartal	101 242	42 047	33 310	8 766	13 798
2. Quartal	91 107	38 313	30 332	8 480	12 283
3. Quartal	119 354	54 299	46 773	9 917	12 794
4. Quartal	72 913	34 549	28 753	6 793	11 989
1991					
1. Quartal	99 561	40 175	33 146	9 345	13 445
2. Quartal	89 418	37 401	29 876	9 499	12 121
Beendete Beschäftigungsverhältnisse					
1985	304 597	110 987	88 792	22 723	19 650
1986	299 624	118 779	92 973	22 393	26 540
1987	311 377	123 283	98 226	22 935	28 778
1988	308 461	125 589	101 161	23 125	31 632
1989	323 927	137 665	109 500	26 260	36 399
1990	345 003	146 208	116 611	30 085	40 799
1. Quartal	87 816	35 575	29 437	6 231	10 029
2. Quartal	81 050	35 630	29 628	6 443	10 668
3. Quartal	93 171	39 290	31 852	7 856	10 867
4. Quartal	82 966	35 713	25 694	9 555	9 235
1991					
1. Quartal	90 044	34 992	28 757	6 958	10 586
2. Quartal	82 336	36 268	29 585	7 024	10 394
Bestandsveränderung					
1985	+ 5 821	+ 5 708	+ 8 200	- 728	+ 4 194
1986	+ 15 734	+ 7 922	+ 12 594	- 60	+ 4 989
1987	+ 10 144	+ 7 812	+ 12 742	+ 302	+ 5 732
1988	+ 12 069	+ 8 356	+ 10 834	+ 1 822	+ 5 266
1989	+ 26 304	+ 11 981	+ 15 066	+ 3 047	+ 7 781
1990	+ 39 613	+ 23 000	+ 22 557	+ 3 871	+ 10 065
1. Quartal	+ 13 426	+ 6 472	+ 3 873	+ 2 535	+ 3 769
2. Quartal	+ 10 057	+ 2 683	+ 704	+ 2 037	+ 1 615
3. Quartal	+ 26 183	+ 15 009	+ 14 921	+ 2 061	+ 1 927
4. Quartal	- 10 053	- 1 164	+ 3 059	- 2 762	+ 2 754
1991					
1. Quartal	+ 9 517	+ 5 183	+ 4 389	+ 2 387	+ 2 859
2. Quartal	+ 7 082	+ 1 133	+ 291	+ 2 475	+ 1 727

66,2 % der Veränderungen. Der Anteil an den Gesamtbeschäftigten ging auf 52,3 % zurück.

Gruppen mit verhältnismäßig starken Bewegungen bei Zu- und Abgängen sind Ausländer und Teilzeitbeschäftigte. So betrafen 1990 fast 9 % der begonnenen bzw. der beendeten Beschäftigungsverhältnisse ausländische Arbeitnehmer, während deren Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten nur gut 5 % betrug. Bei den Teilzeitbeschäftigten lag der Anteil am Bestand der Beschäftigten Ende Juni 1990 bei 10 %, während gut 13 % der Zugänge und knapp 12 % der Abgänge 1990 auf diese Gruppe entfielen.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse nach Wirtschaftsbereichen

Jahr Viertel- jahr	Ins- gesamt	davon			
		Land- und Forstwirt- schaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Sonstige
Begonnene Beschäftigungsverhältnisse					
1985	310 418	16 008	131 255	54 625	107 938
1986	315 358	12 455	128 380	68 248	106 273
1987	321 521	12 016	126 879	71 848	109 902
1988	320 530	10 840	127 283	73 537	108 408
1989	350 231	8 507	142 121	78 600	121 000
1990	384 616	8 607	150 793	90 420	134 796
1. Quartal	101 242	2 985	42 167	23 336	32 754
2. Quartal	91 107	2 444	34 341	21 149	33 173
3. Quartal	119 354	2 173	48 863	26 430	41 888
4. Quartal	72 913	1 005	25 422	19 505	26 981
1991					
1. Quartal	99 561	5 550	38 040	23 149	32 821
2. Quartal	89 418	2 143	33 995	20 712	32 566
Beendete Beschäftigungsverhältnisse					
1985	304 597	17 081	133 255	55 120	98 554
1986	299 624	12 771	121 082	66 153	99 555
1987	311 377	12 082	128 289	69 960	100 280
1988	308 461	10 770	123 697	68 731	104 692
1989	323 927	8 864	127 908	74 698	112 452
1990	345 003	9 979	133 344	80 529	121 149
1. Quartal	87 816	1 770	36 506	21 234	28 304
2. Quartal	81 050	1 664	30 469	19 492	29 425
3. Quartal	93 171	2 298	37 097	20 765	33 011
4. Quartal	82 966	4 247	29 272	19 038	30 409
1991					
1. Quartal	90 044	3 475	36 421	20 964	29 185
2. Quartal	82 336	1 591	30 839	20 307	29 599
Bestandsveränderung					
1985	+ 5 821	- 1 073	- 2 000	- 495	+ 9 384
1986	+ 15 734	- 316	+ 7 298	+ 2 095	+ 6 718
1987	+ 10 144	- 66	- 1 410	+ 1 888	+ 9 622
1988	+ 12 069	+ 70	+ 3 586	+ 4 806	+ 3 716
1989	+ 26 304	- 357	+ 14 213	+ 3 902	+ 8 548
1990	+ 39 613	- 1 372	+ 17 449	+ 9 891	+ 13 647
1. Quartal	+ 13 426	+ 1 215	+ 5 661	+ 2 102	+ 4 450
2. Quartal	+ 10 057	+ 780	+ 3 872	+ 1 657	+ 3 748
3. Quartal	+ 26 183	- 125	+ 11 766	+ 5 665	+ 8 877
4. Quartal	- 10 053	- 3 242	- 3 850	+ 467	- 3 428
1991					
1. Quartal	+ 9 517	+ 2 075	+ 1 619	+ 2 185	+ 3 636
2. Quartal	+ 7 082	+ 552	+ 3 156	+ 405	+ 2 967

Stärkere Bewegung in saisonabhängigen Bereichen

Die verschiedenen Wirtschaftsbereiche sind unterschiedlich stark von Fluktuationen betroffen. Hier spielen nicht zuletzt saisonale Komponenten eine wichtige Rolle, die zu höheren An- und Abmeldungen führen. So entfielen 1990 über 2 % der Zugänge und fast 3 % der Abgänge auf den Bereich der Land- und Forstwirtschaft, während Mitte 1990 nur 1,4 % aller Beschäftigten zu diesem Bereich gehörten. Der Wirtschaftsbereich produzierendes Gewerbe war mit rund 39 % an den begonnenen bzw. beendeten Beschäftigungsverhältnissen beteiligt, am Bestand dagegen mit fast 48 %. Innerhalb dieses Bereiches zeigen sich aber deutliche Unterschiede. So war das Baugewerbe 1990 weit stärker von der Fluktuation der Arbeitskräfte betroffen als das verarbeitende Gewerbe. Gegenüber 1985 ist in der Wirtschaftsabteilung Baugewerbe allerdings eine gewisse Beruhigung bei den Zu- und Abgängen eingetreten, deren Anzahl und Anteil zurückgegangen sind.

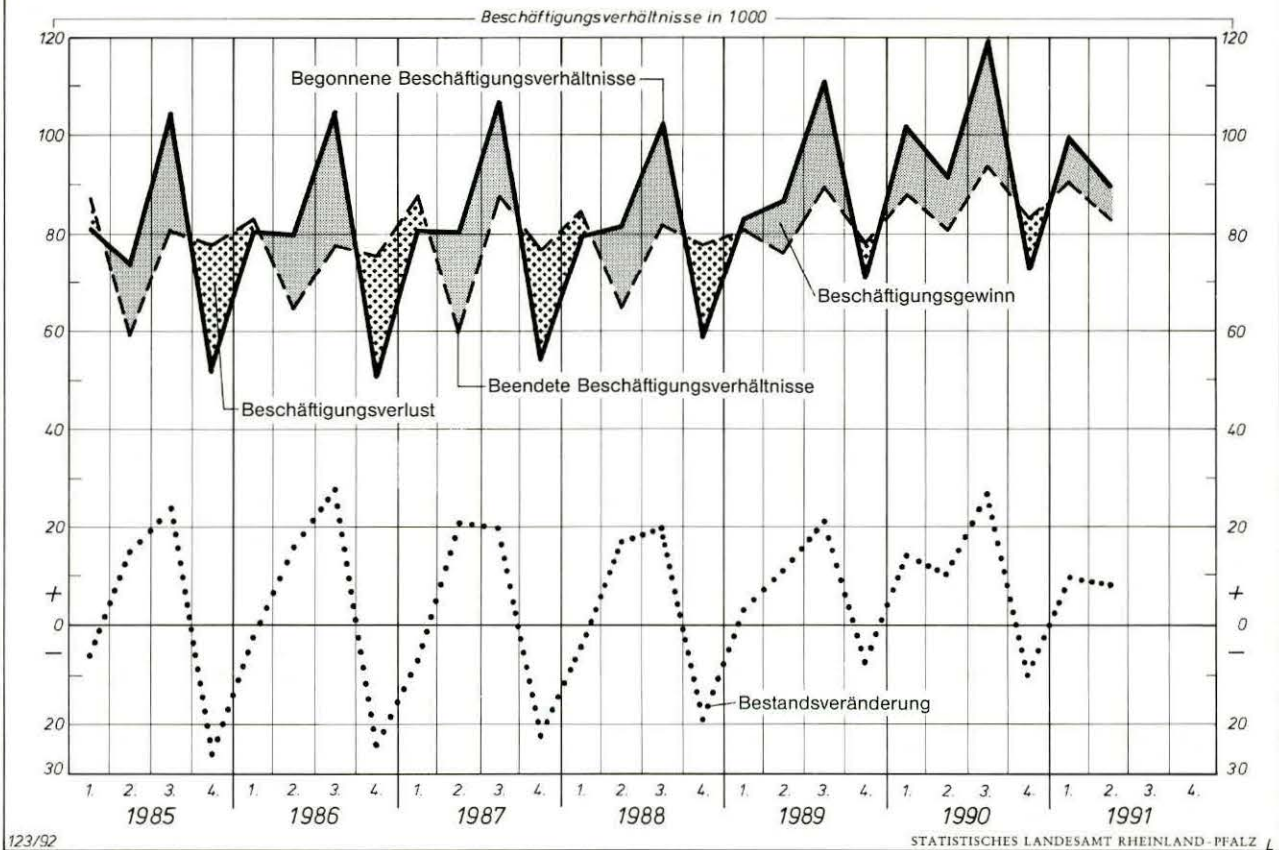
Sowohl der Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr als auch die beiden zugehörigen Wirtschaftsabteilungen lagen mit ihren Anteilen an den begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnissen weit über dem ihnen entsprechenden Anteil am Beschäftigtenstand. Das galt besonders für die Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung, auf die 1990 knapp 4 % aller Beschäftigten, aber über 8 % der begonnenen bzw. beendeten Beschäftigungsverhältnisse entfielen. Innerhalb des Wirtschaftsbereiches Dienstleistungen waren die Abteilungen Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung prozentual weniger an den Arbeitsmarktbewegungen beteiligt, als es ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten entsprach. Auf die Abteilung private Dienstleistungen dagegen entfielen 28 % der Zugänge und gut 27 % der Abgänge, ihr Anteil an den Gesamtbeschäftigten belief sich auf knapp 20 %.

Anmeldungen als Maßstab der Fluktuation

Wenn man auf einfache Weise feststellen will, welche Arbeitnehmergruppe oder welche Wirtschaftsabteilung am stärksten von den Fluktuationen betroffen sind, kann man die begonnenen Beschäftigungsverhältnisse eines Jahres auf den Bestand an Beschäftigten zu einem bestimmten Stichtag beziehen. Für 1990 ergab sich, daß die Gesamtzahl der Anmeldungen 33 % der Gesamtbeschäftigten ausmachte. Das heißt aber nicht, daß ein Drittel aller Beschäftigten neu hinzugekommen ist, da in den begonnenen Beschäftigungsverhältnissen die gleiche Person mehrmals enthalten sein kann. Eine derartige Berechnung dient also immer nur als Anhaltspunkt und Maßstab für die Aussage, ob viel oder wenig Bewegung hinter der nachgewiesenen Beschäftigtenzahl steckt.

Unter diesem Aspekt kann man feststellen, daß beschäftigte Ausländer mit einem Anteil von fast 56 % und Teilzeitbeschäftigte mit gut 43 % besonders von der Fluktuation des Jahres 1990 betroffen waren. Arbeiter waren prozentual stärker von der Bewegung berührt als Angestellte, da bei ihnen der Anteil der begonnenen

Begonnene und beendete Beschäftigungsverhältnisse 1985 - 1991 sowie Bestandsveränderungen



Beschäftigungsverhältnisse am jeweiligen Bestand mit gut 40 % deutlich über dem der Angestellten mit rund 25 % lag. Auf die Wirtschaftsgliederung bezogen, weist die Abteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit fast 71 % den höchsten Prozentsatz auf. Es folgen Land- und Forstwirtschaft mit nicht ganz 53 % und die privaten Dienstleistungen mit knapp 47 %. Am niedrigsten lagen die Anteilswerte der Zugänge, gemessen am Bestand, bei den Abteilungen Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe mit rund 15 % sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung mit weniger als 14 %. In diesen Abteilungen gibt es so gut wie keine saisonalen Einflüsse, die konjunkturellen Schwankungen sind äußerst gering.

Begonnene Beschäftigungsverhältnisse im dritten Quartal am höchsten

Die verschiedenen Quartale eines Jahres weisen sowohl bei den Beständen als auch bei den dahinter stehenden Bewegungen starke Unterschiede auf. Dabei werden die jahreszeitlich bedingten Veränderungen teilweise durch den konjunkturell beeinflussten Gesamtanstieg der Beschäftigtenzahlen in den zurückliegenden Jahren seit ungefähr 1983 überlagert oder auch verstärkt.

Im genannten Zeitraum war der Beschäftigtenstand eines Jahres Ende des ersten Quartals am niedrigsten.

Er stieg im zweiten und dritten Vierteljahr an und erreichte am 30. September jeweils den Höchststand. Bis Ende Dezember ging die Zahl der Arbeitnehmer zurück, fiel aber nicht mehr unter den Stand des ersten Quartals. Bis 1988 lag der 31. März des Folgejahres zwar niedriger als der Endstand des vorhergehenden Jahres, aber immer höher als der vergleichbare Vorjahresbestand. Ab 1989 lag auch der Beschäftigungsstand des ersten Vierteljahres durchweg über dem Stand von Ende Dezember des vorhergehenden Jahres. In der Aufwärtsbewegung der Beschäftigtenzahl trat also nur noch im vierten Quartal eines Jahres ein Rückgang ein. Der Höchststand an Beschäftigten im dritten Quartal eines Jahres geht einher mit der jeweils höchsten Zahl an begonnenen Beschäftigungsverhältnissen innerhalb eines Jahres. Hauptursache dafür ist der in diesen Zeitraum fallende Neubeginn von Ausbildungsverhältnissen bzw. die Aufnahme einer Beschäftigung nach Beendigung der Ausbildung. Da der Wechsel von einem Ausbildungsverhältnis in eine Normalbeschäftigung außer der Neuanschuldung auch eine Abmeldung mit sich bringt, weist das dritte Quartal eines Jahres bis 1988 die zweithöchste, seit 1989 sogar die höchste Zahl an Abmeldungen auf. Die geringsten Zahlen der begonnenen Beschäftigungsverhältnisse gab es im Zeitablauf jeweils im vierten Quartal eines Jahres. Abmeldungen waren am seltensten im Zeitraum 1. April bis 30. Juni. Im Zeitraum 1985 bis 1990 entfielen von den jährlich begonnenen Beschäftigungsverhältnissen ein knappes Drittel auf das dritte Vierteljahr, jeweils ungefähr ein

Viertel auf die zwei ersten Quartale eines Jahres. Auf das letzte Vierteljahr kamen durchschnittlich weniger als 20 % der Zugänge. Bei den beendeten Beschäftigungsverhältnissen war die Verteilung auf die Quartale eines

Jahres etwas gleichmäßiger, wenn auch mit geringfügig höher liegenden Anteilswerten im ersten und dritten Vierteljahr.

Dipl.-Volkswirt Helmut Kollmar

Entwicklung der Verbraucherpreise seit Juni 1991

Obwohl die regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung der Verbraucherpreise in den fünf neuen Bundesländern bereits im Jahre 1990 aufgenommen wurde und ein Preisindex für die Lebenshaltung im Beitrittsgebiet seit Juli 1990 vorliegt, muß die Analyse des Preisgeschehens weiterhin auf den westdeutschen Wirtschaftsraum sowie die Entwicklung ausgewählter Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz beschränkt bleiben. Die abweichende Verbraucherpreisentwicklung in den neuen Bundesländern ist auch in den zurückliegenden zwölf Monaten in erster Linie von Änderungen in der Preisstruktur durch administrative Maßnahmen wie Subventionsabbau geprägt.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Juni 1992 um 4,3 % höher als im entsprechenden Vorjahresmonat

Das Preisklima hat sich im Jahre 1991 merklich verschlechtert. Der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in den alten Bundesländern fiel mit einer Rate von 3,5 % deutlich höher aus als ein Jahr zuvor (2,7 %). Die Teuerungsrate wies im Juli 1991 zum ersten Mal seit Februar 1983 wieder eine 4 vor dem Komma auf, nachdem sie im März vorigen Jahres noch bei 2,5 % gelegen hatte. Dieser Anstieg des Preis-

index für die Lebenshaltung zur Jahresmitte 1991 ist allerdings nahezu ausschließlich auf die zum 1. Juli 1991 wirksam gewordenen Erhöhungen der Verbrauchsteuern (Mineralölsteuern, Erdgassteuer, Versicherungsteuer, Kfz-Steuer für Dieselfahrzeuge) sowie einige Gebühren im Telefon- und Postdienst zurückzuführen. Von Januar bis Juni dieses Jahres verstärkte sich der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus. Die jeweiligen Preissteigerungsraten gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat lagen zwischen 4 und 4,8 %, wobei die Verbraucherpreisentwicklung durch Importe, deren Preisniveau sich nur geringfügig erhöhte, entlastet wurde. Diese dämpfende Wirkung auf das inländische Preisklima übten die Einfuhrpreise auch im letzten Drittel des Jahres 1991 aus, als sie leicht zurückgingen. Als Sonderentwicklung wirkten sich die Anhebungen der Rundfunk- und Fernsehgebühren zum 1. Januar 1992 und der Tabaksteuer zum 1. März 1992 aus. In den zurückliegenden zwölf Monaten führte die Preisentwicklung für flüssige Brennstoffe und Kraftstoffe zu einer höheren Teuerungsrate der Gesamtlebenshaltung (4,3 %) als dies für die Gesamtlebenshaltung ohne flüssige Brennstoffe und Kraftstoffe zutraf (4 %).

Preisindex für die Lebenshaltung eines 2-Personen-Haushalts von Renten- und Sozialhilfeempfängern am wenigsten gestiegen

In einem Vergleich der für spezielle Haushaltstypen berechneten Verbraucherpreisindizes weist der Preisindex für die Lebenshaltung eines 2-Personen-Haushalts von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen im Juni 1992 mit 4,1 % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat die geringste Anstiegsrate auf. Ursache ist, daß die Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, die von den administrativen Preiserhöhungen besonders stark betroffen sind, bei diesem Haushaltstyp mit deutlich geringerem Gewicht in die Indexberechnung eingehen.

Die kürzlich in der Presse vereinzelt als zu niedrig angezeigten Teuerungsrate stoßen auch bei manchen Haushalten auf Skepsis. Aufgrund eigener Einkaufserfahrungen stellen diese oft fest, daß beispielsweise Äpfel, Apfelsinen und Tomaten ganz erheblich teurer sind als vor Jahresfrist. Es besteht jedoch kein Widerspruch zwischen der amtlichen Teuerungsrate und den Erfahrungen der Hausfrauen. Der Verbraucherpreisindex ist ein Gradmesser für die Preisentwicklung aller für die private Lebenshaltung wichtigen Waren und Dienstleistungen. Hierzu gehören nicht nur Nahrungsmittel für den täglichen Bedarf, sondern auch langlebige Gebrauchsgüter wie Stereoanlagen, Waschmaschinen und Kraftfahrzeuge, die von den Haushalten

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in den alten Bundesländern von Juni 1991 bis Juni 1992

Jahr Monat	Gesamtlebenshaltung			
	insgesamt		ohne flüssige Brenn- und Kraftstoffe	
	1985 = 100	Veränderung zum Vorjahres- monat in %	1985 = 100	Veränderung zum Vorjahres- monat in %
1991				
Juni	110,5	3,5	112,1	3,2
Juli	111,5	4,4	112,6	3,7
August	111,5	4,1	112,6	3,8
September	111,7	3,9	112,7	3,8
Oktober	112,0	3,5	113,0	3,8
November	112,5	4,2	113,5	4,0
Dezember	112,6	4,2	113,8	4,0
1992				
Januar	113,1	4,0	114,5	4,1
Februar	113,8	4,3	115,2	4,4
März	114,2	4,8	115,6	4,5
April	114,5	4,6	116,0	4,3
Mai	115,0	4,6	116,4	4,4
Juni	115,2	4,3	116,6	4,0

meist nur in langjährigen Abständen gekauft werden. Die geäußerte Vermutung, der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus sei viel stärker, ist meist darauf zurückzuführen, daß die Kritiker den kräftigen Verteuerungen, über die sie sich besonders ärgern, ein zu großes Gewicht zumessen. Bei einer erheblichen Anzahl von Gütern, bei denen viele Hausfrauen keine Einkaufserfahrungen in den zurückliegenden zwölf Monaten haben und zu denen auch langlebige Gebrauchsgüter wie beispielsweise Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte gehören, haben sich die Preise nur wenig erhöht oder sogar rückläufig entwickelt.

Teilindex für Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Teuerungstendenzen waren 1991 und im ersten Halbjahr 1992 bei allen Teilindizes des Preisindex für die Lebenshaltung zu beobachten. Am stärksten stieg der Teilindex für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, der im Juni dieses Jahres um 6,7 % höher als im gleichen Vorjahresmonat war. Die Wohnungsmieten erhöhten sich um 5,2%, während für Energie (ohne Kraftstoffe) mit 2,4% die geringste Preisanhebung zu verzeichnen war. Vergleichsweise moderat fielen auch die Verteuerungen für Bekleidung und Schuhe (+2,8%) aus.

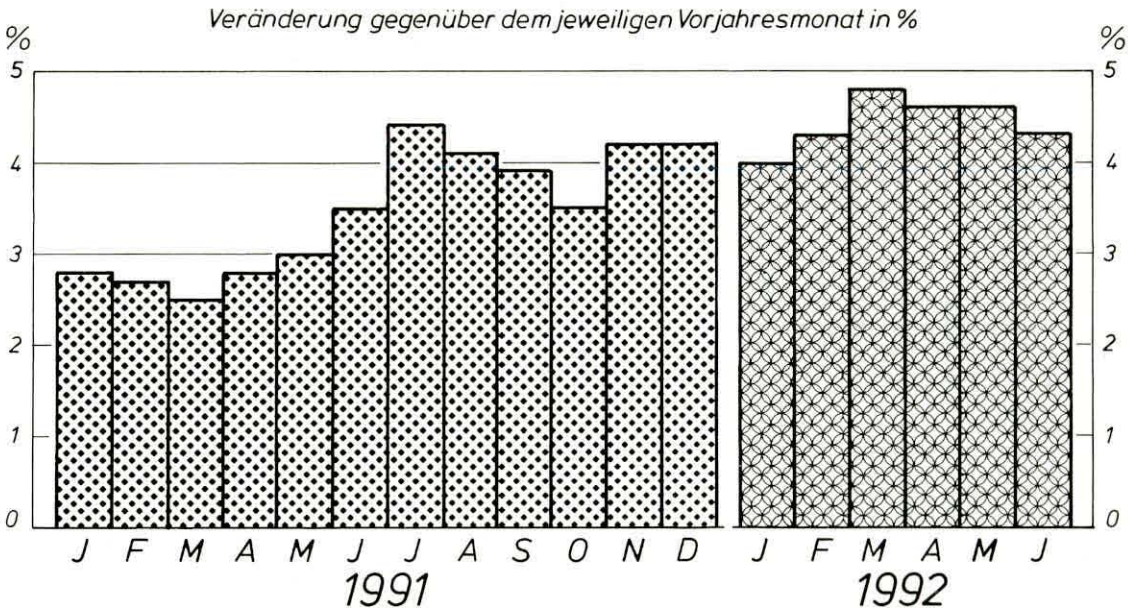
Benzin im Juni 1992 um 15 – 17 % teurer, diverse Rundfunk- und Phonogeräte um 1 – 4 % billiger als ein Jahr zuvor

In der Gliederung der Waren und Dienstleistungen nach „Dauerhaftigkeit und Wert der Güter“ verzeichne-

Preisindex für die Lebenshaltung in den alten Bundesländern im Juni 1992

Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu Juni 1991 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke,Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	113,2	3,6
Bekleidung, Schuhe	113,0	2,8
Wohnungsmieten	123,4	5,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	90,1	2,4
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	114,4	3,5
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	117,8	4,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	117,8	6,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	112,2	3,7
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	122,9	4,0
Gesamtlebenshaltung	115,2	4,3
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	115,2	4,5
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	115,8	4,2
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	115,5	4,1

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von Januar 1991-Juni 1992 in den alten Bundesländern



Verbraucherpreise ausgewählter Waren und Leistungen im Juni 1991 und 1992

Ware / Leistung	Mengen- einheit	Preis in DM		Veränderung ¹⁾ in %
		Juni 1991	Juni 1992	
Nahrungsmittel				
Rindfleisch zum Kochen	1 kg	12,60	12,91	2,1
Rindfleisch zum Braten	1 kg	18,14	18,61	2,5
Schweinefleisch zum Braten	1 kg	12,94	13,18	4,0
Schweinekoteletts	1 kg	12,60	13,38	5,0
Bratwurst	1 kg	13,23	13,88	5,1
Feine Leberwurst	1 kg	16,76	17,63	5,0
Fleischwurst	1 kg	12,84	13,89	6,9
Jagdwurst	1 kg	17,89	18,79	4,9
Gekochter Schinken	1 kg	25,04	26,53	5,3
Schinkenspeck	1 kg	24,49	25,98	6,1
Brathähnchen	1 kg	4,73	4,78	1,9
Kabeljau (Dorsch)	1 kg	20,14	20,29	0,4
Heringe in Tomatensoße	ca. 200 g	1,88	1,96	3,7
Deutsche Eier	10 Stück	2,75	2,81	5,9
Frische Vollmilch	1 Liter	1,31	1,32	3,1
Speisequark, Magerstufe	250 g	0,96	0,97	4,9
Edamer oder Gouda	1 kg	13,16	13,49	2,3
Deutsche Markenbutter	250 g	1,96	2,07	8,0
Pflanzenmargarine	500 g	1,65	1,69	6,2
Erdbeer-Konfitüre	450 g	2,32	2,51	6,5
Bienenhonig	1 kg	8,06	4,45	6,8
Roggenbrot	1 kg	3,48	3,71	6,1
Mischbrot	1 kg	3,42	3,62	4,5
Weißbrot	500 g	2,19	2,36	7,6
Roggen-Vollkornbrot	500 g	2,39	2,49	5,6
Brötchen	1 kg	7,13	7,83	9,8
Weizenmehl	1 kg	1,18	1,21	6,9
Zucker	1 kg	1,87	1,93	4,3
Rotkohl, in Gläsern	720 ml	1,74	1,82	5,8
Sauerkirschen, in Gläsern	720 ml	2,20	3,14	25,3
Pflanzenöl	1 Liter	3,54	3,48	3,7
Vollmilchschokolade	100 g	1,12	1,14	0,9
Apfelsaft	1 Liter	1,39	1,69	18,0
Orangensaft	1 Liter	2,03	2,08	3,8
Mineralwasser	0,7 Liter	0,64	0,72	8,2
Flaschenbier	0,5 Liter	0,95	1,02	6,7
Weinbrand	0,7 Liter	15,10	15,44	4,1
Weißwein	0,75 Liter	4,34	4,65	5,7
Deutscher Sekt	0,75 Liter	7,10	7,37	3,0
Kartoffeln (neue Ernte)	2 1/2 kg	4,42	5,28	19,5
Weißkohl	1 kg	3,24	1,77	- 45,3
Wirsingkohl	1 kg	2,94	2,19	- 25,6
Blumenkohl	1 kg	3,37	2,16	- 35,9
Möhren	1 kg	2,83	2,21	- 21,9
Zwiebeln	1 kg	2,57	2,19	- 14,7
Kopfsalat	1 kg	2,80	2,26	- 19,2
Tomaten	1 kg	4,10	4,42	7,8
Birnen	1 kg	4,13	4,36	5,6
Äpfel	1 kg	3,91	4,47	14,2
Apfelsinen	1 kg	3,26	3,50	7,3
Bananen	1 kg	3,08	2,40	- 22,1
Textil- und Lederwaren				
Herrenanzug	1 Stück	413,82	438,45	2,8
Herren-Pullover	1 Stück	106,99	107,82	3,9
Herren-Oberhemd, Mischgewebe	1 Stück	42,21	42,12	2,8
Mädchen-Kleid	1 Stück	58,44	59,06	2,7
Damen-Pullover	1 Stück	87,61	94,80	4,5
Damen-Feinstrumpfhose	1 Stück	4,75	5,01	5,3
Bettbezug	1 Garnitur	73,03	75,98	4,8
Spannbettuch	1 Stück	27,94	27,70	2,4
Frottierhandtuch	1 Stück	12,45	13,11	5,9
Herren-Straßenschuhe	1 Paar	150,98	147,38	2,0
Damen-Straßenschuhe	1 Paar	105,79	105,32	1,9
Kinder-Schuhe	1 Paar	76,17	77,23	4,0

1) Berechnung nach Meßzahlen.

noch: Verbraucherpreise ausgewählter Waren und Leistungen im Juni 1991 und 1992

Ware / Leistung	Mengen- einheit	Preis in DM		Veränderung ¹⁾ in %
		Juni 1991	Juni 1992	
Sonstige industrielle Erzeugnisse				
Tageszeitung	Monatsbezug	26,12	27,18	4,1
Normalbenzin, Markenware, Selbstbedienung, bleifrei	10 Liter	11,75	13,75	17,2
Normalbenzin, ringfrei, Selbstbedienung, bleifrei	10 Liter	11,62	13,51	16,6
Superbenzin, Markenware, Selbstbedienung, bleifrei	10 Liter	12,29	14,28	16,3
Superbenzin, ringfrei, Selbstbedienung, bleifrei	10 Liter	12,11	13,99	15,4
Superbenzin, Markenware, Selbstbedienung, verbleit	10 Liter	13,23	15,52	17,2
Superbenzin, ringfrei, Selbstbedienung, verbleit	10 Liter	13,12	15,31	16,7
Dieselmotoren, Markenware, Selbstbedienung	10 Liter	9,98	10,73	7,7
Motorenöl, HD-Mehrbereichsöl, SAE 20 W 50	1 Liter	10,05	10,33	4,6
Extra leichtes Heizöl, bei 5000 l	1 hl	47,29	48,34	1,8
Leistungen, Tarife, Gebühren				
Dauerwellen für Damen	1 mal	67,27	74,38	6,9
Chemische Reinigung eines Herrenanzuges	1 mal	13,87	15,27	8,8
Kinoeintrittskarte	1 Karte	8,73	9,28	5,1
Elektrischer Strom mit Grundpreis für 3 Zimmer/Küche und 200 kWh/Monat	Monatsbetrag	62,07	62,74	1,2
Gas mit Grundpreis für 1600 kWh/Monat	Monatsbetrag	117,19	117,01	- 0,1

1) Berechnung nach Maßzahlen.

ten im Juni dieses Jahres die Reparaturen mit +5,3 % die höchsten Preisanhebungen. Für Handwerkerleistungen (ohne Bauhandwerk) mußte allein 5,8 % mehr gezahlt werden. Dienstleistungen verteuerten sich um 5,1 %, Verbrauchsgüter um 4,2 %, langlebige hochwertige Gebrauchsgüter um 3,2 % und Gebrauchsgüter von mittlerer Lebensdauer oder begrenztem Wert um 2,8 %. Damit setzte sich die schon seit langem zu beobachtende Entwicklung stärkerer Preissteigerungen für Dienstleistungen und Wohnungsnutzung gegenüber den Waren fort.

Für einige ausgewählte rheinland-pfälzische Verbraucherpreise in der Gruppe der Nahrungsmittel ergeben sich folgende Preisveränderungen: Brötchen +9,8 %, Weißbrot +7,6 %, Roggenbrot +6,1 %, deutsche Markenbutter +8 %, Pflanzenmargarine +6,2 %, Schinkenspeck +6,1 %, Fleischwurst +6,9 %, Bienenhonig +6,8 % und Erdbeerkonfitüre +6,5 %. Beim Obst verteuerten sich vor allem Äpfel (+14 %) sowie Sauerkirschen in Gläsern (+25 %). Spätförste im Frühjahr vorigen Jahres hatten regional große Teile des Blütenansatzes vernichtet, so daß bei diversen Obstarten nur geringe Mengen geerntet werden konnten. Die Preise blieben deshalb bis zur neuen Ernte auf relativ hohem Niveau. Kartoffeln (neue Ernte) verzeichneten einen Preisanstieg von fast 20 %. Hingegen mußte für einzelne Kohlarten bis zu 45 % weniger gezahlt werden. Kopfsalat sowie Möhren und Bananen wurden um etwa ein Fünftel billiger angeboten. Von den Genußmitteln verteuerten sich Zigaretten um 7 %, während die Preise für Kaffee nahezu unverändert blieben.

Unter den Energieträgern mußte für Benzin erheblich mehr bezahlt werden (+15 bis 17 %), hingegen verteuerte sich extra leichtes Heizöl nur um 1,8 %. Während die Verbraucherpreise für elektrotechnische Waren meist nur mäßig anzogen, kam es bei Rundfunk-, Fernseh-, Phonogeräten und Zubehör teilweise zu deutlichen Preisermäßigungen. So verbilligten sich Video-Recorder (-3,7 %), Video-Kamera-Recorder (-1,3 %),

CD-Player (-1 %) und das Uhren-Radio (-0,5 %). Für Farbfernseher war ein geringer Preisanstieg (+0,9 %) festzustellen. Stärker haben sich diverse Dienstleistungen verteuert. So mußten für die chemische Reinigung eines Herrenanzuges 8,8 % und für Dauerwellen für Damen 6,9 % mehr bezahlt werden.

Kraftfahrer-Preisindex im Juni 1992 um 7,1 % höher

Der Kraftfahrer-Preisindex gibt die Preisveränderung der durchschnittlich aufzubringenden Beträge für die Anschaffung und Unterhaltung von Personenkraftwagen und Motorrädern an. Er wird über eine Sonderrechnung aus dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nicht für Rheinland-Pfalz, sondern nur für das Bundesgebiet ermittelt und stieg von Juni 1991 bis Juni dieses Jahres mit 7,1 % deutlich stärker als der Verbraucherpreisindex (+4,3 %). Verursacht wurde der Indexanstieg vor allem durch die Preisanhebungen für Kraftstoffe um ein Sechstel sowie für Reparaturen, Inspektion und Wagenwäsche um 7,6 %. Für die übrigen Positionen gab es folgende Veränderungsraten: Kfz-Versicherung +6,9 %, Fahrschule +6,1 %, Ersatzteile, Zubehör und Autopflegemittel +4,7 %, Anschaffung von Krafträdern +4,5 %, Anschaffung von Personenkraftwagen +4,3 %, Garagenmiete +3,3 % und Kfz-Steuer +2,9 %. Der längerfristige Vergleich seit 1985 zeigt überdurchschnittliche Preisanhebungen vor allem für Reparatur, Inspektion und Wagenwäsche, die sich insgesamt um ein Drittel verteuerten sowie die Anschaffung von Personenkraftwagen und Krafträdern, für die ein Viertel mehr bezahlt werden mußte.

Kommunale Gebühren für Müllabfuhr deutlich angehoben

Die Mietanhebungen wurden nicht unerheblich durch die Erhöhung von kommunalen Gebühren (Gebühren

für Wasser, Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr und Straßenreinigung für private Haushalte) beeinflusst. Von Juni 1991 bis Juni 1992 stiegen die Gebühren für Müllabfuhr mit 21 % am stärksten. Die Gebühren für Abwasserbeseitigung wurden um ein Zehntel angehoben. Die allgemeinen Wassertarife (ohne Gewerbe- und Sondertarife), ausgehend von einem Grund- und Arbeitspreis, verzeichneten bei unterschiedlich hohen Abnahme-

mengen geringere Anhebungen, die zwischen 3,7 und 5,6% lagen. Am geringsten zogen die Gebühren für Straßenreinigung an (+ 4,4%). Der Anstieg lag aber noch über dem des Verbraucherpreisniveaus insgesamt.

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

Ernteerträge und -aussichten 1992

Die amtliche Ernteerhebung umfaßt nach dem Gesetz über Agrarstatistiken die Erntevorausschätzung, die Ernteberichterstattung und die Besondere Erntermittlung (BEE). Die im vorliegenden Beitrag abgegebenen Ertragsschätzungen für Rheinland-Pfalz sind in erster Linie Ergebnisse der Ernteberichterstattung. Bei Getreide wurden die zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Veröffentlichung vorliegenden Ergebnisse der BEE lediglich zu einer ersten Einschätzung der im September endgültig festzustellenden Ernte herangezogen.

Modellrechnungen für erste bundesweite Ernteprognose

Bei der sog. Erntevorausschätzung werden vom Statistischen Bundesamt jährlich bereits ab Januar für Getreide, Raps, Zuckerrüben und Kartoffeln Aussagen getroffen. Diese Schätzungen der Durchschnittserträge für das Bundesgebiet erfolgen auf der Grundlage von Trendberechnungen sowie Witterungsdaten und basieren auf der Annahme, daß sich die Witterung in den nachfolgenden Monaten im Rahmen der üblichen Schwankungen bewegt. Die massiven Ernteschäden durch die lang anhaltende Frühjahrstrockenheit im Norden Deutschlands konnten diese vorzeitigen Schätzungen natürlich nicht berücksichtigen. Im April prognostizierte man daher bei Getreide, außer Wintergerste, im früheren Bundesgebiet noch höhere Erträge als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Ernte. Sie dient auch der Schätzung von Durchschnittserträgen und geht davon aus, daß die Witterungsverhältnisse bis zur Ernte normal bleiben. Zusammen mit den Flächen aus den Anbauerhebungen wird die Erntemenge der jeweiligen Fruchtarten ermittelt. Da die Ernteberichterstattung auf den Auswertungen der Berichte ehrenamtlich tätiger Sachverständiger basiert, die über das ganze Land verteilt sind, kann sie viele Kulturarten einbeziehen und darüber hinaus nach Abschluß der Ernte zum Teil regionalisierte Daten bereitstellen. Schon im April setzt sie bei Feldfrüchten mit der Beurteilung des Wachstumsstandes und den Schätzungen der Berichterstatte-
r zu Auswinterungsschäden ein.

Überwiegend berichten in Rheinland-Pfalz Landwirte bzw. Winzer über die Verhältnisse in ihrer Wohnge-
meinde. Für den Bereich Feldfrüchte und Grünland sind 600, für Weinmost 400, für Gemüse und Erdbeeren 80, für Baum- und Strauchbeerenobst 120 Berichterstatte-
r tätig.

Zur Ernteberichterstattung zählen aber auch reprä-
sentative Feststellungen der Ernteerträge zur Ergän-
zung der Schätzungen. Diese werden z.B. bei beson-
ders wichtigen Kulturarten durch Ernteerhebungen in
Erzeugerbetrieben vorgenommen. Bei den nachfolgend
dargestellten Ergebnissen lagen bereits die sog. Ergän-
zenden Ermittlungen für Sauerkirschen und Äpfel vor.
Für Weinmost fallen diese zu einem späteren Zeitpunkt
an.

Berichterstatte- r schätzen für Bundesländer

Für die einzelnen Bundesländer gibt die Erntebericht-
erstattung erste Anhaltspunkte über die zu erwartende

Die BEE bei Getreide und Kartoffeln

Wegen der Bedeutung dieser Fruchtarten werden im
Rahmen der BEE durch Kommissionen Ertragsmessun-

Berichtstermine der Ernteberichterstattung

Berichtssparte	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Feldfrüchte und Grünland	15.		30.	31.	31.	30.	31.	30.
Gemüse und Erdbeeren		15.	15.	20.	20.	20.	20.	
Obst		20.	10.	10.	30.		30.	
Weinmost		24.		5.u.30.	24.	24.	15.	20.

gen auf repräsentativ ausgewählten Feldern vorgenommen. Hierdurch kann jedoch erst Ende August ein erstes vorläufiges Landesergebnis erstellt werden. Aufgrund der witterungsbedingt zeitigen Ernte 1992 konnten insbesondere für Wintergerste etliche Druschergebnisse zur Untermuerung der im folgenden dargelegten Ertragserwartungen bei Getreide herangezogen werden.

Rheinland-Pfalz von extremer Trockenheit verschont

Während insbesondere im Norden und im Nordosten Deutschlands von Anfang Mai bis Anfang Juli in vielen Gebieten kein Regen fiel, blieb Rheinland-Pfalz von dieser seit Jahrzehnten schlimmsten Trockenheit weitgehend verschont. Lediglich regional waren bei einigen Kulturen Trockenschäden zu verzeichnen.

Günstige Witterungsverhältnisse im Herbst 1991 sorgten für einen guten Aufgang des Wintergetreides. Die Bestellung von Winterraps und Zwischenfrüchten wurde allerdings aufgrund der Trockenheit im August 1991 stark behindert, so daß vielerorts mit einem zügigen Auflaufen nicht zu rechnen war. Stellenweise mußten auch Flächen umgebrochen werden, auf denen die Keimlinge vertrocknet waren. Winterrapsbestände waren später oft lückig und ungleichmäßig. Im Rahmen der von 1 bis 5 reichenden Bewertungsskala der Ernteberichterstattung (1 = beste Note, 5 = schlechteste Note) erhielt ihr Wachstumsstand mit 4,0 Anfang Dezember eine außergewöhnlich schlechte Bewertung.

Der Winter 1991/92 war zu mild. Stärkerer Nacht- oder Dauerfrost blieb auf wenige Tage beschränkt. Auswinterungsschäden bei Getreide und Futtergräsern traten demnach wie im Vorjahr nicht auf. Mit rund 23 % der Aussaatfläche mußte jedoch der Winterraps verstärkt umgebrochen werden. In diesen Angaben schlagen sicherlich viele Bestände zu Buche, die zu schwach entwickelt in den Winter gingen. Den Stand der Winterungen benoteten die Berichtersteller im April, bis auf den Winterraps, der sich seit Dezember nicht erholt hatte, mit Werten von 2,6 bis 2,7. Tendenziell etwas schlechter schnitten Wiesen und Weiden, Klee und Luzernebestände ab. Durch reichliche Niederschläge im März verbesserten sich dann noch die Feuchtigkeitsverhältnisse im Boden. Die zeitig bestellten Sommergetreidesaaten liefen somit gut auf.

Ab Mitte April konnte auch ein mancherorts verspätetes Drillen von Zuckerrüben nachgeholt werden. Der hierdurch gegebenen Gefahr von Ertragseinbußen standen gute Entwicklungsbedingungen entgegen. Auch beim Mais bewirkte nach Abschluß der Bestellung die warme Maiwitterung ein rasches Auflaufen der Saaten. Ein Kälteeinbruch wie im April des Vorjahres blieb aus, so daß sich auch für den Wein- und Obstbau, der 1991 stark unter Frühjahrsfrösten gelitten hatte, günstige Vegetationsbedingungen ergaben.

Getreideernte wahrscheinlich noch über Vorjahreshöhe

Sicherlich hat das seit Anfang Mai bestehende Regendefizit in den nördlichen Bundesländern zu nicht

Anbaufläche und Hektarertrag für Getreide, Winterraps und Frühkartoffeln

Fruchtart	Anbaufläche		Hektarertrag			
	1991	vorläufig	Durchschnitt der Jahre 1986/91	endgültig	vorläufig Anfang August	
		1992			1991	1992
	1 000 ha			dt		
Winterweizen	82,8	87,6	56,8	59,4	52,3	53,8
Sommerweizen	1,8	2,1	·	47,7	42,7	44,5
Hartweizen (Durum)	4,2	2,3	·	45,2	43,9	43,1
Triticale	6,8	7,4	·	52,2	48,3	52,5
Roggen	18,5	16,0	43,8	47,1	44,0	47,7
Wintermenggetreide	0,9	1,1	44,7	48,2	43,8	46,2
Wintergerste	38,3	37,6	51,7	54,7	49,0	53,6
Sommergerste	98,2	98,7	43,5	46,9	42,0	44,2
Hafer	24,5	23,6	37,9	44,3	37,5	39,9
Sommermenggetreide	4,4	4,3	·	43,0	38,0	40,7
Winterraps	28,0	15,2	27,3	27,4	26,7	20,1
Frühkartoffeln	3,6	4,1	285,7	251,9	247,0	301,8

mehr aufzuholenden Ertragsverlusten geführt. Infolge der auch in anderen europäischen Ländern gegebenen Trockenheit wird daher die diesjährige Getreideernte in der EG voraussichtlich niedriger ausfallen als im Frühjahr zunächst erwartet. Der EG-Ausschuß des Getreide- und Futtermittelhandels (COCERAL) rechnete im Juli mit einer EG-Produktion von noch rund 167 Mill. t, das sind 13,5 Mill. t weniger als 1991/92. Damit würde die bisherige Garantieschwelle trotz der Trockenheit zwar noch überschritten, allerdings hätte dies für die Marktpreispreise im Zuge der EG-Agrarreform keine Bedeutung mehr.

Die rheinland-pfälzischen Landwirte sind von der Trockenheit dieses Frühjahrs und Sommers nur am Rande und lediglich gebietsweise betroffen. Überwiegend kam der Regen Anfang Juni gerade noch rechtzeitig. Die oftmals gewittrigen Niederschläge verhinderten eine Ausdehnung von Trockenschäden. Allerdings konnten vereinzelte Beeinträchtigungen nicht in jedem Fall ausgeglichen werden. Im Landesdurchschnitt liegen jedoch die Ertragserwartungen der Berichtersteller für Getreide allgemein über den vergleichbaren Vorjahreswerten.

Den in der Tabelle ausgewiesenen endgültigen Hektarerträgen für 1991 und dem mehrjährigen Durchschnitt liegen die Ergebnisse der BEE zugrunde. Berücksichtigt man eine im Schnitt der letzten 10 Jahre feststellbare Unterschätzung der endgültig im Rahmen der BEE ermittelten Erträge durch die Berichtersteller, ist bemerkenswert, daß schon die Vorschätzung bei den meisten Getreidearten – so beim Roggen, bei der Wintergerste, der Sommergerste und beim Hafer – den mehrjährigen Durchschnitt erreicht oder darüber liegt. Eine Ausnahme bildet der Winterweizen. Die endgültig aus der BEE festgestellten Erträge 1991 werden durch die Vorschätzungen 1992 allerdings noch nicht erreicht. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Ertragsmessungen vielfach ähnlich gute Flächenleistungen wie im Vorjahr ergeben werden.

Aufgrund der witterungsbedingt bereits Anfang Juli einsetzenden Ernte, die nur zeitweise durch gewittrige

Beurteilung ¹⁾ des Wachstumstandes von Feldfrüchten Anfang Juli

Fruchtart	Durchschnitt der Jahre 1986/91	1991	1992
Mais	3,2	3,5	2,6
Futtererbsen	-	2,8	2,7
Ackerbohnen	2,8	3,3	2,8
Körner Sonnenblumen	-	-	2,2
Mittelfrühe und späte Kartoffeln	2,8	3,0	2,6
Zuckerrüben	2,6	3,1	2,2
Runkelrüben	3,0	3,1	2,6

1) Noten : 1,0 = sehr gut, 2,0 = gut, 3,0 = mittel, 4,0 = gering, 5,0 = sehr gering.

Niederschläge unterbrochen wurde, lassen die für Wintergerste vorliegenden Probeschnittergebnisse auf einen endgültigen Ertrag zwischen 55 und 60 dt schließen. Trotz der nach dem vorläufigen Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung um 1,7 % eingeschränkten Anbaufläche wird die Erntemenge das Vorjahresergebnis überschreiten.

Bei der in Rheinland-Pfalz führenden Sommergerste werden vereinzelt Ertrags- und Qualitätseinbußen durch die Trockenheit nicht ausgeschlossen. Auch hatten die Regenfälle in der ersten Julihälfte zu Zwiewuchs geführt, der bei Braugerste mit den üblichen Mitteln nicht bekämpft werden darf. Die im Gegensatz zum Vorjahr tendenziell etwas höhere Vorschätzung signalisiert wohl, daß der Ertrag 1991 mit Sicherheit erreicht, aber nicht unbedingt überschritten wird. In ihrem Anbauumfang konnte sich die Sommergerste behaupten, so daß sogar eher mit einem etwas höheren Ernteaufkommen zu rechnen ist.

In den Roggenerträgen mit endgültig 46 – 47 dt in den letzten drei Jahren hat sich schon der zunehmende Anbau von Hybridroggen und teilweise auch der Anbau auf besseren Böden niedergeschlagen. In diesem Jahr erreicht die Vorschätzung der Berichtersteller bereits diese Größenordnung und damit ihren bisher höchsten Wert. Ein endgültiger Ertrag im Umfang von 1991, wenn nicht noch etwas höher, dürfte damit sicher sein. Allerdings haben die Probleme auf dem Roggenmarkt die Anbauflächen weiter zurückgehen lassen (- 14 %), was hinsichtlich des gesamten Ernteaufkommens auch nicht durch einen sehr guten Ertrag ausgeglichen werden kann. Anders schneidet Triticale ab. Flächenzunahmen (+ 8,8 %) und beste Ertragserwartungen werden das Ernteaufkommen gegenüber dem Vorjahr erhöhen.

Auch der Hafer wird mit 39 dt durch die Berichtersteller schon sehr hoch eingeschätzt. Es ist möglich, daß die Probeschnitte der BEE noch ein knappes Überschreiten der Ertragsmarke von 40 dt anzeigen. Den 1991 überraschend sehr hohen Durchschnittsertrag von 44 dt wird der Hafer, der gebietsweise durch heftige Regenfälle stärker ins Lager ging als andere Getreidearten, wohl nicht erreichen. Da die Anbaufläche, wenn auch nicht so deutlich wie beim Roggen, rückläufig ist (- 3,5 %), wird die Erntemenge niedriger als 1991 sein.

Der insgesamt in Rheinland-Pfalz nahezu unveränderte Anbauumfang für Getreide (+ 0,2 %) ist überwiegend auf eine Zunahme der Weizenfläche zurückzuführen,

wobei insbesondere der Winterweizen flächenmäßig zu Buche schlägt. Deutlich zurückgegangen ist allerdings erneut die Fläche des mit Anbaurisiken behafteten Hartweizens. Zu rechnen ist damit, daß sich der Ertrag beim Winterweizen zwischen 55 und 60 dt einpendeln wird. Insgesamt dürfte die Ernte wie auch beim Sommerweizen, über der Vorjahresmenge liegen. Unter Berücksichtigung der Veränderung der Anbauflächen und möglicher Schwankungsbreiten, in denen sich die Erträge bewegen können, dürfte sich die Getreideernte 1992 in Rheinland-Pfalz auf 1,44 bis 1,48 Mill. t belaufen (1991 : 1,44).

Kartoffeln gut – Raps problematisch

Die Niederschläge im Juni und Juli förderten die Pflanzenentwicklung auf den Futterflächen und das Wachstum von Mais und Hackfrüchten.

Die Rodung sehr früher Kartoffelsorten hatte bereits Anfang Juni eingesetzt. Die Tatsache, daß sich der Kartoffelmarkt 1991 mit festen Preisen behaupten konnte, hat den Grundstein für eine Ausweitung des Anbaus gelegt, der sich sowohl bei frühen als auch bei mittelfrühen und späten Sorten vollzog. Zu kühle Temperaturen wie im Vorjahr, stellten in diesem Jahr kein Problem dar. Um zufriedenstellende Erträge zu erreichen, mußten jedoch die im Mai unzureichenden Niederschläge durch Beregnung ausgeglichen werden.

Bei guten Ertragserwartungen wird die Frühkartoffelernte des Vorjahres deutlich überschritten werden. Auch der erfreuliche Wachstumsstand (Note : 2,6) bei mittelfrühen und späten Kartoffeln läßt gute Erträge erhoffen.

Winterraps präsentiert sich in diesem Jahr als problematische Fruchtart. Die Rapsbestände boten Anfang Mai ein unterschiedliches Bild. In den Höhengebieten waren die Pflanzen oftmals hochgefroren und ohne Bodenschluß, so daß die weitere Entwicklung fraglich war. Die außergewöhnliche Trockenheit des Sommers 1991 hatte zudem zu massiven Auflaufverlusten geführt. Nicht zuletzt aufgrund der damit verbundenen Änderun-

Anbaufläche und Hektarertrag für Rauhfutter

Fruchtart	Anbau- fläche (vor- läufig)	Hektarertrag ¹⁾			
		1. Schnitt			end- gültig
	1992	Durch- schnitt der Jahre 1986/ 91	1991	1992	1991
	1000 ha	dt			
Rauhfutter	191,1	52,8	47,7	57,9	58,2
Wiesen	89,9	51,2	46,3	56,7	55,1
Mähweiden	90,0	53,7	48,8	58,8	61,2
Grasanbau auf dem Ackerland	5,6	57,1	51,1	59,8	62,1
Klee, Klee gras und Luzerne-Gemisch	4,5	59,4	54,5	60,7	63,0
Luzerne	1,1	60,6	57,0	61,9	65,5

1) Grünmasseertrag im Verhältnis 4:1 in Heu umgerechnet.

gen in der Anbauplanung bzw. der noch im Frühjahr teilweise vorgenommenen Umbrüche ist die Anbaufläche um fast 50 % zurückgegangen. Hinzu kommt, daß der Rapsmarkt in Anbetracht der neuen Rapsbeihilfe sicherlich auch für viele zu undurchsichtig geworden ist.

Auf den verbleibenden Flächen wird nur ein geringer Ertrag erwartet. Die Vorschätzung liegt weit unter dem Durchschnitt und bleibt unter den Erträgen der vergangenen Jahre. Zuletzt hatte der Raps 1990, bedingt durch Trockenheit und hohen Schädlingsbefall, nur einen unterdurchschnittlichen Ertrag von aber immerhin noch 23,4 dt zu verzeichnen.

Der Wachstumsstand beim Mais ist deutlich besser (Note : 2,6) als im Durchschnitt der letzten Jahre (Note : 3,2). Das sommerliche Wetter in der ersten Maihälfte trug positiv zur Entwicklung der Aussaaten bei. Auf vielen Flächen machte sich jedoch in diesem Jahr, wie auch bei Zuckerrüben und Getreide, ein starker Blattlausbefall bemerkbar. Die Wärme Ende Juni hat die Blattlauspopulationen noch begünstigt.

Der sehr gute Stand bei Körner Sonnenblumen und Zuckerrüben Anfang Juli läßt, weiterhin günstige Witterungsbedingungen vorausgesetzt, ebenso gute Erträge erwarten. Allerdings ist die Anbaufläche bei Sonnenblumen wieder auf unter 9 000 ha gesunken.

Für die Rauhfutterernte bot das Jahr 1992 im allgemeinen günstige Witterungsverhältnisse, wenn auch nicht überall mit wünschenswerten Niederschlägen zur ersten Schnittnutzung. Im Gegensatz zu 1991, als das zu kühle und trockene Frühjahr schon den Ertrag des ersten Grünlandschnitts minderte, wurden dennoch überdurchschnittliche Leistungen erzielt, die zum Teil sogar an die endgültigen Flächenleistungen des Vorjahres heranreichen. Bei der gegenüber Trockenheit weniger anfälligen Luzerne sind die Ertragsunterschiede zum Vorjahr nicht ganz so deutlich. Die Witterungsbedingungen machten auch in diesem Jahr eine qualitativ gute Ernte möglich.

Nach Frostjahr wieder gute Obsterträge

Nachdem im Vorjahr die außergewöhnlich strengen Blütenfröste im April hohe Ertragserwartungen beim Obst zunichte gemacht hatten, waren in diesem Jahr Witterung und Insektenflug allgemein sehr günstig. Dem Blüteverlauf und Fruchtsatz gaben die Berichterstat-

Beurteilung¹⁾ der Blüte und des Fruchtsatzes im Mai nach Obstarten

Obstart	Durchschnitt der Jahre 1986/91	1991	1992
Äpfel	2,7	3,8	1,8
Birnen	2,8	3,9	2,0
Pflaumen und Zwetschen	3,0	4,0	2,1
Mirabellen/Renekloden	2,9	4,0	2,1
Aprikosen	3,2	4,1	2,7
Pfirsiche	3,1	4,2	2,4

1) Noten : 1,0 = sehr gut, 2,0 = gut, 3,0 = mittel, 4,0 = gering, 5,0 = sehr gering.

ter daher im Mai auch gute, über dem mehrjährigen Mittel liegende Bewertungen. Überdurchschnittlich, aber tendenziell schlechter als bei den anderen Obstarten, fielen diese für die bereits Anfang April blühenden Aprikosen und Pfirsiche aus. Die besten Bewertungen erhielten die erst Ende April mit der Blüte einsetzenden Äpfel.

Für die Kirschen geben die Ernteberichterstatte im Mai schon eine erste Ertragsschätzung ab. Die in diesem Jahr reichliche Ernte, gemessen an Baumerträgen im Marktbobstbau von rund 30 kg bei Süßkirschen und nahezu 27 kg bei Sauerkirschen, traf mit einem witterungsbedingt eher früh einsetzenden Pflücktermin zum wiederholten Mal auf einen zusammenbrechenden Sauerkirschenmarkt. Diesmal waren es Importe zu Dumpingpreisen aus Ungarn und Polen, die die Absatzwege für einheimische Kirschen blockierten und teilweise dazu führten, daß die Früchte nicht rechtzeitig abgeerntet wurden und an den Bäumen verfaulen. Die Freude über die hohe Erntemenge trübten zudem gebietsweise Niederschläge, die bei Süßkirschen Früchte platzen ließen.

Die in diesem Jahr im Juli noch vorläufige Ernte übersteigt die Menge in 1991 bei Sauerkirschen um weit mehr als das Doppelte, bei Süßkirschen um gut das Dreifache. Durch die im fünfjährigen Turnus stattfindende Obstanbuerhebung liegen 1992 wieder neue Anbaudaten vor. Die Erntemenge wird danach, wie bei den anderen Obstarten auch, noch mit aktuelleren Baumzahlen berechnet werden.

Bei den übrigen Obstarten sind ebenso gute Erträge zu erwarten. Dabei liefern Aprikosen und Pfirsiche voraussichtlich eine normale Ernte. Bei Pflaumen und Zwetschen fällt dagegen mit einem Baumertrag von gut

Baumerträge und Erntemengen im Marktbobstbau nach Obstarten

Obstart	Einheit	Baumertrag			Einheit	Erntemenge ¹⁾	
		Durchschnitt der Jahre 1986/91	1991	Vorläufig 1992		1991	Vorläufig 1992
Süßkirschen	kg / Baum	21,7	9,0	29,9 ²⁾	dt	6 678	22 183
Sauerkirschen	kg / Baum	18,9	9,8	26,5 ²⁾	dt	88 056	238 454
Äpfel	kg / Baum	21,7	10,7	23,6	dt	205 210	452 096
Birnen	kg / Baum	17,0	9,6	21,3	dt	12 366	27 494
Pflaumen / Zwetschen	kg / Baum	24,3	13,1	32,4	dt	32 935	81 229
Mirabellen / Renekloden	kg / Baum	23,0	16,6	28,2	dt	5 294	8 956
Aprikosen	kg / Baum	14,2	6,8	15,1	dt	458	1 016
Pfirsiche	kg / Baum	14,4	7,8	14,7	dt	1 519	2 866
Erdbeeren	dt / ha	76,7	75,3	77,1 ²⁾	dt	11 672	.

1) Berechnet mit Baumzahlen aus der Obstanbuerhebung 1987, daher noch vorläufig. - 2) Endgültige Ergebnisse.

Hektarertrag ausgewählter Gemüsearten

Gemüseart	Durchschnitt der Jahre 1986/91	1991	1992
		dt	
Frühjahrsspinat	193,2	194,3	200,0
Frühkohlrabi	288,8	294,3	296,3
Frühjahrskopfsalat	240,7	250,0	257,8
Rhabarber	-	288,8	276,6
Spargel	35,4	30,6	37,3
Frühweißkohl	321,9	319,6	339,4
Frührotkohl	307,9	313,7	316,1
Frühwirsing	265,1	275,9	286,2
Frühblumenkohl	262,6	273,7	283,3
Frühbrokkoli	-	-	231,8
Frühe Möhren	264,9	273,1	292,5
Winterzwiebeln	-	491,4	496,5 ¹⁾
Buschbohnen	98,9	94,6	100,7 ¹⁾
Stangenbohnen	141,4	129,8	144,1 ¹⁾

1) Vorschätzung.

32 kg, das sind 8 kg mehr als der mehrjährige Durchschnitt, eine sehr große Ernte an. Bei Äpfeln und Birnen im Marktbobstbau wird mit überdurchschnittlichen Erträgen gerechnet. Nicht ganz so deutlich, wie man nach den Beurteilungen von Blüte und Fruchtansatz erwartet hätte, heben sich dabei die Äpfel mit voraussichtlich knapp 24 kg pro Baum vom Durchschnittsertrag der letzten sechs Jahre ab.

Beerenobst konnte bisher auch reichlich geerntet werden, der Hektarertrag in den Erdbeerefeldern von 77 dt übertraf die mittlere Flächenleistung. Ebenso rote und schwarze Johannisbeeren mit 3,8 bzw. 2,8 kg sowie Stachelbeeren mit 3 kg boten überdurchschnittliche Straucherträge, die, wie bei allen Obstarten, die Vorjahreserträge deutlich übertrafen.

Wieder ein Jahr mit guten Gemüseerträgen

Durch die kühle Witterung mit Nachtfrost hatte sich im Vorjahr das Wachstum der Gemüsekulturen verzögert, so daß vor allem bei den Frühgemüsearten die guten Erträge des Jahres 1990 nicht erreicht wurden. Das Frühjahr 1992 bot dagegen günstigere Temperaturen. Bei unzureichender Wasserversorgung traten jedoch Trockenschäden ein. Durch die gleichzeitig warme Witterung hatten viele Kulturen mit verstärktem Blattlausbefall zu kämpfen.

Die fehlenden Niederschläge im Mai konnten aber in der Regel ausreichend durch Beregnung ausgeglichen werden, so daß alle Frühgemüsearten im Landesdurchschnitt sogar mit sehr guten Flächenleistungen die Erträge des Vorjahres übertrafen. Bei den meisten Arten lagen sie auch über dem mehrjährigen Durchschnitt.

Die guten Erträge trafen jedoch nicht immer auf einen aufnahmefähigen Markt. So wurde z. B. über Umbrüche von Kohlbeständen berichtet. Eine Ausnahme hinsichtlich der allgemeinen Ertragsleistung bildeten Frühkohlrabi, bei denen ein höherer Anteil an Platzern die Menge der in der Erntestatistik nachzuweisenden marktfähigen Ware senkte. Auch der Spargel zeigte in diesem Jahr noch die Auswirkungen der Trockenheit im Spätsommer und Herbst 1991. Neben Ertragseinbußen hatte dies ebenso geringere Qualitäten zur Folge.

Bei Winterzwiebeln wird der sehr gute Ertrag von 1990 nicht ganz erreicht. Um wirklich gute Erträge zu erzielen, war es schon im Herbst 1991 zu trocken, so daß in den betroffenen Gebieten Auflaufberegnungen in Betracht zu ziehen waren. Der Wachstumsstand bei Sommerzwiebeln wurde im Juni mit 2,5, und somit wie bei Winterzwiebeln im Mai, besser als 1991 bewertet (2,9).

Die gleiche Beurteilung erhielt der Kopfsalat, der bisher im Durchschnitt der Jahre wenig Abweichung von dieser guten Bewertung gezeigt hat. Deutlicher hob sich dagegen der gute Wachstumsstand der wärmeliebenden Bohnen und Gurken von den Vergleichswerten ab, für die nachfolgend auch überdurchschnittliche Ertragsschätzungen abgegeben wurden. In Anbetracht der in den letzten Monaten verhältnismäßig günstigen Witterung und gut verteilten Niederschläge rundete die bisherige Entwicklung der mittelfrühen und späten Gemüsearten, mit Wachstumsstandbeurteilungen um 2,5 Ende Juli, das gute Ertragsbild im Gemüsebau ab.

Gutes Weinjahr in Aussicht

Der für die Reben insgesamt vorteilhafte Witterungsverlauf im Mai und Juni mit reichlich Sonnenschein, günstigen Temperaturen und ausreichenden Niederschlägen hat die Voraussetzungen für ein mengen- und qualitätsmäßig gutes Weinjahr geschaffen.

Nachdem im Winter und Frühjahr keine nennenswerten Frostschäden aufgetreten sind, begann Ende April / Anfang Mai der Austrieb. Er verlief in allen Anbaugebieten nach Einschätzung von über 80 % der Berichtersteller positiv. Vereinzelt entstanden Schäden durch die Blattgallmilbe (Pockenmilbe), auch trat in verstärktem Umfang der Rhombenspanner auf.

Beurteilung des Traubenansatzes 1991 und 1992 nach Bereichen

Anbaugbiet Bereich Land	Schlecht		Mittel		Gut	
	1991	1992	1991	1992	1991	1992
	% der eingegangenen Berichte					
Ahr	40	-	40	15	20	85
Mittelrhein	20	-	60	12	20	88
Mosel-Saar-Ruwer	19	-	61	5	20	95
Bernkastel	7	-	65	9	28	91
Obermosel	78	-	22	8	-	92
Saar-Ruwer	41	-	41	-	18	100
Zell/Mosel	-	-	86	-	14	100
Nahe	-	-	54	-	46	100
Bad Kreuznach	-	-	53	-	47	100
Schloß Böckelheim	-	-	55	-	45	100
Rheinhessen	2	-	49	-	49	100
Bingen	-	-	65	-	35	100
Nierstein	4	-	39	-	57	100
Wonnegau	-	-	37	-	63	100
Rheinpfalz	-	-	35	3	65	97
Südliche Weinstraße	-	-	25	4	75	96
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	-	-	49	3	51	97
Rheinland-Pfalz	7	-	50	3	43	97

Insgesamt präsentierten sich die Weinberge im Mai in einer guten Verfassung. Dies belegten die Berichterstat-ter durch überdurchschnittliche Wachstumsstandsbe-notungen, die von 1,8 an der Ahr bis 2,5 für den Bereich Bingen reichten und deutlich besser waren als im Vor-jahr. Die Niederschläge in der ersten Junihälfte haben das Wasserversorgungsdefizit ausgeglichen und damit zu einer weiterhin prächtigen Entwicklung der Reben beigetragen.

Schon der Gescheinansatz, von nahezu allen Berichterstat-tern mit gut bewertet, ließ Gedanken an einen reichen Jahrgang 1992 aufkommen. Die Blüte setzte fast drei Wochen früher ein, als in dem sehr spä-ten Jahr zuvor. Bis zum 20. Juni konnte aus nahezu allen Gebieten ihr Beginn gemeldet werden, an den sich in der Regel ein hervorragender zügiger Verlauf anschloß. Nicht ganz so überzeugend waren einzelne Berichte von der Südlichen Weinstraße, dem Bereich Schloß Böckel-heim und Saar-Ruwer.

Die Aussicht und vorzeitige Spekulation auf eine große Ernte zeigte schon frühzeitig ihre Wirkung auf den Faßweinmarkt. Je mehr bei einem bedeutenden Vegeta-tionsvorsprung ein überdurchschnittlicher Traubenan-satz ersichtlich wurde, um so mehr signalisierten die Winzer eine große Abgabebereitschaft noch vorhande-ner Bestände, um letztlich auch ausreichende Lagerka-pazitäten für die neue Ernte zu schaffen.

Im Landesdurchschnitt wird der Traubenansatz von den Berichterstat-tern bis auf wenige Ausnahmen mit gut bewertet und damit deutlich besser als im Vorjahr. Eine ähnliche Beurteilung erhielt er zuletzt 1982 und 1989, als die Ernte bei einem etwas geringeren Ertrag 10 bzw. 8 Mill. hl überschritt. Unter den gegebenen Vermark-tungsbedingungen wird den Winzern aber zunehmend zu ertragsregulierenden Maßnahmen geraten.

Dr. Birgit Hübbers

Bruttowertschöpfung im Bauhauptgewerbe

– Neues Rechenverfahren in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen –

Methodische Fortschritte im produzierenden Gewerbe

In der arbeitsteiligen Organisation des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder sind den einzelnen statistischen Landesämtern bestimmte Arbeitsgebiete als sogenannte Koordinie-rungsaufgabe zugewiesen. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz betreut, neben der Berechnung der Bezugswahlen (Erwerbstätigenschätzung), in der Ein-kommensentstehungsrechnung die Bereiche Woh-nungsvermietung und Baugewerbe.

Das Baugewerbe bildet zusammen mit den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie Bergbau und verarbeitendes Gewerbe den großen Sektor des produ-zierenden Gewerbes. Da mit dem System der Statistiken im produzierenden Gewerbe eine, verglichen mit ande-ren Wirtschaftsbereichen, sehr gute Datengrundlage für die Berechnung gesamtwirtschaftlicher Aggregate ver-fügbare ist, konnten in den beiden anderen Bereichen schon in der ersten Hälfte der 80er Jahre beträchtliche methodische Fortschritte erzielt werden. Entspre-chende Verbesserungen der Berechnungsmethode waren danach auch für das Baugewerbe zu entwickeln. Im Zentrum der Überlegungen stand dabei eines der Kernprobleme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrech-nungen der Länder, nämlich die regionale Zuordnung von Produktionswert und Bruttowertschöpfung der Unternehmen, die Betriebsstätten in mehreren Ländern unterhalten (Mehrländerunternehmen).

Gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Baugewerbes

Im Jahre 1989 belief sich die Bruttowertschöpfung des Baugewerbes im früheren Bundesgebiet auf

114 Mrd. DM, von denen knapp 6 Mrd. DM auf Rhein-land-Pfalz entfielen. Die gesamtwirtschaftliche Bedeu-tung des Baugewerbes war in den letzten beiden Jahr-zehnten tendenziell rückläufig. Im Jahre 1989 hatte es in Rheinland-Pfalz noch einen Anteil von 5,4 % an der gesamten Bruttowertschöpfung, der etwa ebenso hoch war wie im Durchschnitt des früheren Bundesgebietes (5,3 %). Auf das Bauhauptgewerbe als den bedeutende-ren der beiden Unterbereiche entfielen in Rheinland-Pfalz 3 826 Mill. DM oder knapp 64 % der Bruttowert-schöpfung des Baugewerbes, das Ausbaugewerbe trug 2 165 Mill. DM bei. Im Bundesdurchschnitt war das Gewicht des Bauhauptgewerbes mit rund 60 % etwas geringer.

Ausgangsdaten für das Bauhauptgewerbe

Umfassende Angaben über Bruttoproduktionswert und Vorleistungen, die zur Berechnung bzw. Schätzung der Bruttowertschöpfung benötigt werden, liegen nur aus Unternehmensstatistiken vor. Die Rechnungsle-gung des Unternehmens als kleinster selbständig bilan-zierender Einheit gestattet entsprechend detaillierte Erhebungen. Hieraus erklärt sich die besondere Bedeu-tung, die das Unternehmenskonzept im deutschen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die institutionelle Abgrenzung hat. Ergänzende Angaben aus Betriebsstatistiken werden dort benötigt, wo wegen bestehender Abschneidegrenzen keine Unternehmensdaten vorliegen oder eine Zuordnung zu örtlichen Einheiten in den regionalen Volkswirtschaftli-chen Gesamtrechnungen erforderlich ist.

Die Ausgangsdaten für das Bauhauptgewerbe wer-den aus folgenden Statistiken entnommen :

Bruttowertschöpfung im Baugewerbe 1970-1989
(in jeweiligen Preisen)

Jahr	Rheinland-Pfalz				Bundesgebiet ¹⁾			
	Insgesamt		Bauhaupt- gewerbe	Ausbau- gewerbe	Insgesamt		Bauhaupt- gewerbe	Ausbau- gewerbe
	Mill. DM	Anteil ²⁾ in %	Mill. DM		Anteil ²⁾ in %		Mill. DM	
1970	2 582	7,5	1 999	583	51 550	8,0	37 700	13 850
1971	2 966	7,7	2 263	703	59 040	8,2	42 580	16 460
1972	3 304	7,8	2 488	815	64 950	8,2	46 200	18 750
1973	3 458	7,4	2 538	920	68 290	7,7	47 230	21 060
1974	3 435	6,7	2 478	957	66 720	7,0	45 290	21 430
1975	3 221	6,1	2 283	938	63 230	6,3	42 060	21 170
1976	3 490	6,1	2 451	1 038	68 510	6,3	45 220	23 290
1977	3 819	6,2	2 649	1 169	72 930	6,3	46 800	26 130
1978	4 270	6,6	2 977	1 292	79 170	6,4	51 190	27 980
1979	4 757	6,8	3 253	1 504	89 230	6,7	57 800	31 430
1980	5 373	7,2	3 711	1 662	99 890	7,1	65 450	34 440
1981	5 225	6,6	3 543	1 683	99 820	6,7	64 300	35 520
1982	5 125	6,2	3 416	1 709	96 420	6,2	60 970	35 450
1983	5 374	6,2	3 534	1 840	99 050	6,1	62 540	36 510
1984	5 335	5,9	3 525	1 810	99 720	5,9	62 520	37 200
1985	5 100	5,5	3 276	1 824	94 810	5,3	56 730	38 080
1986	5 500	5,6	3 499	2 001	100 130	5,3	61 210	38 920
1987	5 496	5,5	3 497	1 999	101 680	5,3	61 150	40 530
1988	5 623	5,3	3 536	2 086	106 250	5,2	63 870	42 380
1989	5 992	5,4	3 826	2 165	114 340	5,3	68 800	45 540

1) Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990. – 2) Anteil an der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche.

- Jahres- und Investitionserhebung bei Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten,
- Kostenstrukturerhebung bei einer Teilmasse der in der Jahres- und Investitionserhebung erfaßten Unternehmen,
- Monatsbericht bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten,
- Totalerhebung aller Betriebe.

Zu Unternehmen des Bauhauptgewerbes können auch Betriebe gehören, die nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit anderen Wirtschaftsbereichen zugeordnet sind. Wenn für diese Wirtschaftsbereiche Statistiken verfügbar sind, werden deren Daten insoweit einbezogen. Es handelt sich dabei um folgende Erhebungen:

- Monatsbericht im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe für Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten,
- Monatsbericht im Ausbaugewerbe für Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Im Hinblick auf die mit dem neuen Verfahren angestrebten Ziele konnte nur die maschinelle Verarbeitung von Einzeldatensätzen als angemessene technische Lösung gelten. In einer Unternehmensdatei und einer Betriebsdatei werden neben den Ordnungsangaben die Ausgangsdaten aus den genannten Statistiken und weitere, im Zuge der Berechnungen anfallende Einzeldaten eingespeichert. Damit ist zunächst die vollständige Erfassung aller verfügbaren Ausgangsdaten gewährleistet. Erfassungslücken können aufgefüllt werden. Andererseits wird eine überschneidungsfreie Darstellung der verschiedenen Berichtskreise sichergestellt. Bei Nie-

derlassungen von Mehrbetriebsunternehmen wird in den Datensatz der Betriebsdatei auch die Unternehmensnummer aufgenommen, so daß der Unternehmenszusammenhang hergestellt werden kann. Schließlich ist als regionales Zuordnungsmerkmal nicht nur das Land, sondern auch der Kreis gespeichert. Damit fallen jährlich Ergebnisse auf Kreisebene an, die unmittelbar in die Kreisberechnung der Bruttowertschöpfung übernommen werden können.

Bruttoproduktionswert

Der Produktionswert eines Unternehmens umfaßt nach der allgemeinen Definition die Verkäufe (Umsatz an eigenen Erzeugnissen und an Handelswaren), die selbstgestellten Anlagen und die Vorratsveränderungen (Lagerzugänge abzüglich Lagerabgänge) an eigenen Erzeugnissen. In den Statistiken des Bauhauptgewerbes werden unterschiedlich abgegrenzte Leistungsgrößen erfaßt, von denen nur die in der Kostenstrukturerhebung gemeldete Gesamtleistung uneingeschränkt dieser Definition entspricht, während die Jahresbauleistung einschließlich sonstiger Umsätze aus der Jahres- und Investitionserhebung und der Gesamtumsatz aus der Totalerhebung als Näherungswerte anzusehen sind.

Bei den Unternehmen, die zur Kostenstrukturerhebung melden (KSE-Unternehmen), wird die Gesamtleistung als Bruttoproduktionswert angesetzt. Sie umfaßt

- die Jahresbauleistung; hierzu zählen alle vom Unternehmen im Geschäftsjahr erbrachten Bauleistungen, nämlich abgerechnete Leistungen, die Veränderung der Bestände an angefangenen und noch nicht abgerechneten Bauleistungen für Dritte einschließ-

Ablaufschema für die Berechnung der Bruttowertschöpfung nach Kreisen im Bauhauptgewerbe

Einbetriebsunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

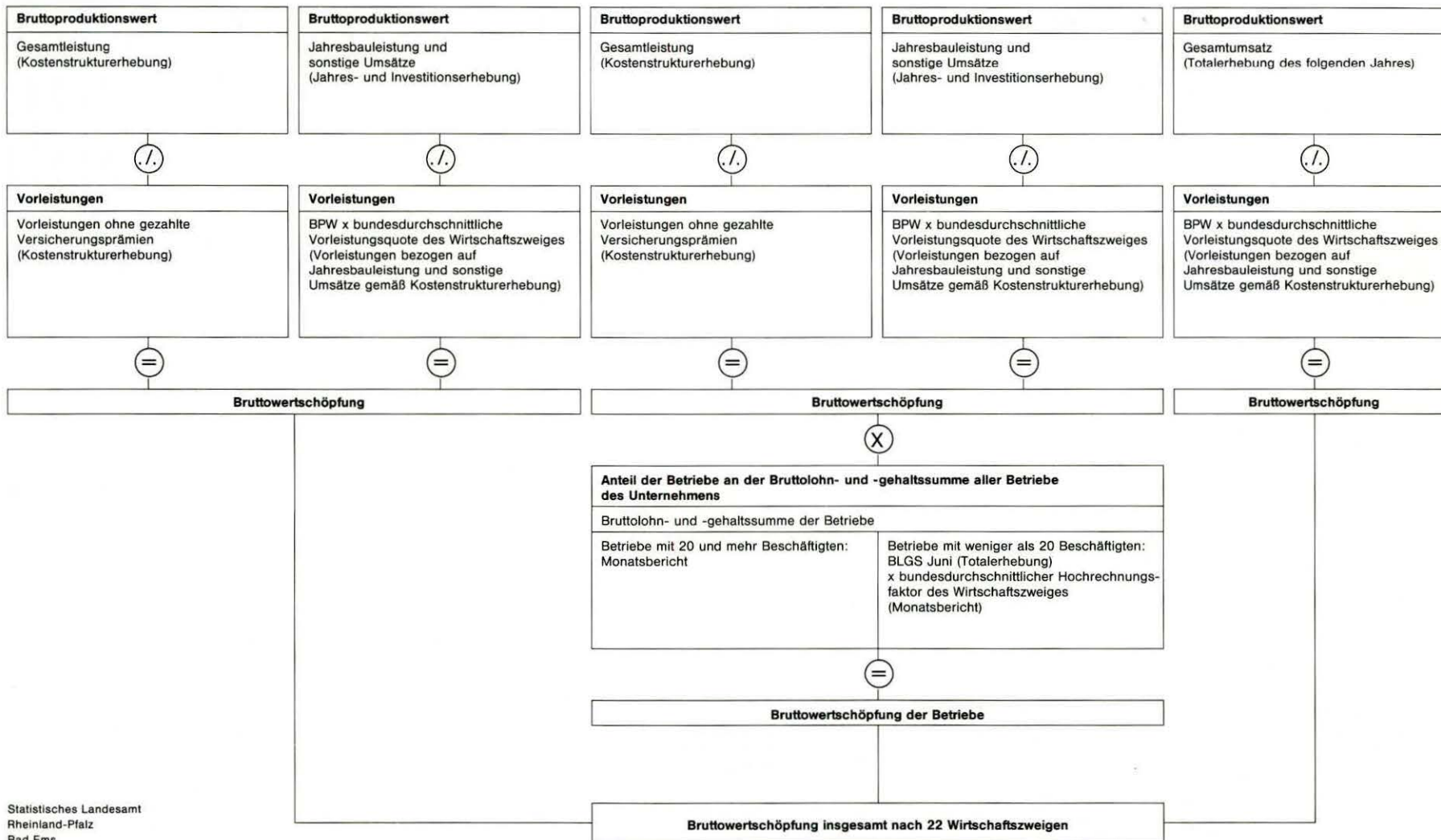
KSE - Unternehmen

Übrige Unternehmen

Mehrbetriebsunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

KSE - Unternehmen

Übrige Unternehmen

Einzigste Niederlassungen
(Einbetriebsunternehmen und
Arbeitsgemeinschaften)
mit weniger als 20 Beschäftigten

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Bad Ems

lich fertiggestellter Bauten, die noch keinen Käufer gefunden haben, sowie Bauleistungen für eigene Zwecke des Unternehmens (selbsterstellte Anlagen);

- die sonstigen Umsätze aus anderen eigenen Erzeugnissen und aus industriellen bzw. handwerklichen Tätigkeiten, aus Handelsware sowie aus sonstigen nichtindustriellen bzw. nichthandwerklichen Tätigkeiten;
- die Veränderung der Bestände an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus sonstiger eigener Produktion;
- die selbsterstellten Maschinen und sonstigen selbst-erstellten Anlagen, die keine Bauleistungen sind.

Für die übrigen Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten werden als Bruttoproduktionswert die Jahresbauleistung und die sonstigen Umsätze aus der Jahres- und Investitionserhebung herangezogen. Die Abgrenzung dieser beiden Positionen entspricht der Kostenstrukturhebung, vernachlässigt werden also lediglich die Bestandsveränderungen bei den sonstigen Erzeugnissen und die selbsterstellten Maschinen.

Die außerdem noch in die Berechnung einzubeziehenden einzigen Niederlassungen mit weniger als 20 Beschäftigten lassen sich aus dem Berichtskreis der Totalerhebung anhand der Kennzeichnung als Einbetriebsunternehmen bzw. Arbeitsgemeinschaft abgrenzen. Für diese Betriebe kann als Bruttoproduktionswert der Gesamtumsatz aus der Totalerhebung übernommen werden. Der Gesamtumsatz umfaßt

- den baugewerblichen Umsatz,
- die sonstigen Umsätze.

Während die sonstigen Umsätze der Abgrenzung in den beiden anderen Erhebungen entsprechen, stellt der baugewerbliche Umsatz die fakturierten steuerbaren Beträge dar, wie sie dem Finanzamt zur Umsatzbesteuerung gemeldet werden. Der baugewerbliche Umsatz ist daher nicht mit der Jahresbauleistung identisch. Zu beachten ist, daß der Gesamtumsatz in der Regel der Totalerhebung des dem Berechnungsjahr folgenden Jahres entnommen werden muß, weil Angaben über den Jahresumsatz nur für das jeweilige Vorjahr erhoben werden können.

Für alle drei Unternehmensgruppen gilt, daß sich die Angaben über die Bautätigkeit nur auf die Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland erstrecken. Von Zweigniederlassungen bzw. auf Baustellen im Ausland erstellte Bauleistungen werden daher auch nicht in den Bruttoproduktionswert einbezogen.

Vorleistungen

Angaben über die Vorleistungen liefert die Kostenstrukturhebung. Zu den Vorleistungen zählen

- der Verbrauch an Baustoffen und sonstigen fremdbezogenen Vorprodukten sowie Hilfs- und Betriebsstoffen,

- der Einsatz an Handelsware,
- die Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen,
- die Kosten für von anderen Unternehmen ausgeführte Reparaturen, Instandhaltungen, Installationen, Montagen und ähnliches,
- Mieten und Pachten, Kosten für Leasing,
- sonstige Kosten, wie z. B. Werbekosten, Provisionen, Lizenzgebühren, Transportkosten, Bankspesen, nicht jedoch die gezahlten Versicherungsprämien.

Die in der Kostenstrukturhebung erfaßten Vorleistungen können für die Unternehmen, die zu diesem Berichtskreis gehören, unmittelbar übernommen werden. Für die übrigen Unternehmen sind die Vorleistungen mit Hilfe von Vorleistungsquoten zu schätzen.

Zur Ermittlung der bundesdurchschnittlichen Vorleistungsquoten werden die Vorleistungen zur Jahresbauleistung einschließlich sonstiger Umsätze nach den Ergebnissen der Kostenstrukturhebung in Beziehung gesetzt. Da die Vorleistungen vor allem von der Produktionsstruktur des Unternehmens bestimmt werden, ist eine möglichst tiefe fachliche Gliederung anzustreben. Daher werden branchenspezifische Vorleistungsquoten für 22 Wirtschaftszweige des Bauhauptgewerbes (Sypro-Viersteller) berechnet. Die Vorleistungen ergeben sich dann durch Multiplikation des Bruttoproduktionswertes eines Unternehmens mit der bundesdurchschnittlichen Vorleistungsquote seiner Branche.

Bruttowertschöpfung

Nach diesen Rechenschritten kann die Bruttowertschöpfung der Unternehmen durch Absetzen der Vorleistungen vom Bruttoproduktionswert ermittelt werden. Aufgrund der Angaben über den Unternehmenssitz ist die Bruttowertschöpfung der Einbetriebsunternehmen unmittelbar regional zuzuordnen. Dagegen muß die Bruttowertschöpfung der Mehrbetriebsunternehmen noch auf die örtlichen Einheiten verteilt werden.

Weil die tatsächlichen Leistungsströme zwischen den Betrieben eines Unternehmens nicht bekannt sind, muß die Berechnung unmittelbar von der Bruttowertschöpfung jedes einzelnen Mehrbetriebsunternehmens ausgehen, die mittels geeigneter betriebsbezogener Größen auf die zugehörigen Niederlassungen aufzuteilen ist. Anders als in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie Bergbau und verarbeitendes Gewerbe wird beim Bauhauptgewerbe darauf verzichtet, die Bruttowertschöpfung der Unternehmen in eine arbeits- und eine kapitalbezogene Komponente zu zerlegen und diese nach jeweils eigenen Schlüsselgrößen auf die örtlichen Einheiten weiterzuverteilen. Vielmehr wird die gesamte Bruttowertschöpfung eines Unternehmens nach Maßgabe des Wertes der Arbeitsleistung auf die Betriebe aufgeschlüsselt. Damit wird unterstellt, daß der Anteil des Betriebes an der Bruttowertschöpfung, die dem Kapitaleinsatz des Unternehmens zuzuschreiben ist, ebenfalls vom Wert der Arbeitsleistung der örtlichen Einheit abhängt. Dies erscheint auch dadurch gerechtfertigt, daß, anders als im verarbeitenden

Gewerbe, Unternehmen mit mehreren fachlichen Unternehmensteilen von stark unterschiedlicher Kapitalintensität im Bauhauptgewerbe weitaus seltener vorkommen.

Die als Schlüsselgröße verwendete Bruttolohn- und -gehaltssumme der Betriebe kann für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten aus den Monatsberichten direkt entnommen werden. Die Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten melden in der Totalerhebung lediglich die Bruttolohn- und -gehaltssumme für den Monat Juni, die auf den Jahreswert hochgerechnet werden muß. Zur Ermittlung der bundesdurchschnittlichen Hochrechnungsfaktoren werden nach den Ergebnissen des Monatsberichts im Bauhauptgewerbe die Jahreswerte der Bruttolohn- und -gehaltssumme zu den Juniwerten in Beziehung gesetzt. Die Hochrechnungsfaktoren sind branchenspezifisch nach 22 Wirtschaftszweigen differenziert.

Außer der Bruttowertschöpfung des Mehrbetriebsunternehmens werden auch die Vorleistungen nach der Höhe der Bruttolohn- und -gehaltssummen auf die einzelnen Betriebe aufgeschlüsselt. Dadurch wird es möglich, den Bruttoproduktionswert der Betriebe als Addition von Bruttowertschöpfung und Vorleistungen zu ermitteln. Aufgrund der Angaben über den Betriebssitz können die drei Aggregate nunmehr auch für die Mehrbetriebsunternehmen regional zugeordnet werden.

Koordinierung

Die mit den geschilderten Rechengängen ermittelten Daten erlauben die Zusammenstellung von unkoordinierten Ergebnissen für Bruttoproduktionswert, Vorleistungen und Bruttowertschöpfung, die regional nach Ländern und Kreisen sowie fachlich nach 22 Wirtschaftszweigen gegliedert sind. Die Abstimmung auf den Eckwert der Bundesrechnung (zur Zeit noch das frühere Bundesgebiet ohne Berlin-West), die sogenannte Koordinierung, wird dagegen nur auf der Ebene des gesamten Bereichs Bauhauptgewerbe vorgenommen.

Neues Rechenverfahren für das Ausbaugewerbe

Das neue Verfahren für das Bauhauptgewerbe wurde mit der Revision 1991 in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder eingeführt. Anhand des noch verfügbaren Datenmaterials konnten Ergebnisse für die Jahre 1983 bis 1989 berechnet werden.

Ursprünglich war beabsichtigt, in der nunmehr abgeschlossenen Revision auch ein neues Rechenverfahren für das Ausbaugewerbe anzuwenden, das wegen der weitgehend gleichen Basisstatistiken im wesentlichen dem Verfahren für das Bauhauptgewerbe entsprechen sollte. Ein wichtiger Unterschied in der Datengrundlage besteht allerdings darin, daß im Ausbaugewerbe eine der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe vergleichbare Statistik nicht existiert. Die Zusatz-Jahreserhebung im Ausbaugewerbe erfaßt lediglich die Betriebe mit 10 bis 19 Beschäftigten. Indessen haben die Kleinbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten für diesen Wirtschaftsbe-

Wirtschaftszweige im Baugewerbe

Sypro-Nr.	Wirtschaftszweig
72-75	Bauhauptgewerbe
72	Hoch- und Tiefbau
7210	Hoch- und Tiefbau (ohne ausgeprägten Schwerpunkt)
7220	Hochbau (ohne Fertigteilbau)
723	Fertigteilbau im Hochbau
7231	Herstellung von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau
7233	Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau
7235	Herstellung von Fertigteilbauten aus Holz im Hochbau
7237	Montage von Fertigteilbauten aus Holz im Hochbau
724	Tiefbau
7241	Erdbewegungsarbeiten, Landeskulturbau
7242	Wasser- und Wasserspezialbau
7243	Straßenbau
7244	Brunnenbau, nichtbergbauliche Tiefbohrung
7245	Bergbauliche Tiefbohrung, Aufschließung, Schachtbau (ohne Erdölbohrung)
7249	Tiefbau, anderweitig nicht genannt
725	Gerüstbau, Fassadenreinigung
7251	Gerüstbau
7255	Fassadenreinigung
73	Spezialbau
7301	Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau
7302	Gebäudetrocknung
7303	Abdichtung gegen Wasser, Feuchtigkeit
7304	Abdämmung gegen Kälte, Wärme, Schall, Erschütterung
7305	Abbruch-, Spreng- und Entrümmerungsgewerbe
74	Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei
75	Zimmerei, Dachdeckerei
7510	Zimmerei, Ingenieurholzbau
7550	Dachdeckerei
76-77	Ausbaugewerbe
76	Bauinstallation
7610	Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation
7640	Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen
7670	Elektroinstallation
77	Ausbaugewerbe (ohne Bauinstallation)
7710	Ausbaugewerbe (ohne Bauinstallation) - ohne ausgeprägten Schwerpunkt -
773	Glaser- und Malergewerbe, Tapetenkleberei
7731	Glasergewerbe
7734	Maler- und Lackierergewerbe
7737	Tapetenkleberei
775	Bautischlerei, Parkettlegerei
7751	Bautischlerei
7755	Parkettlegerei
777	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei
7771	Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerei
7774	Estrichlegerei
7777	Sonstige Fußbodenlegerei und -kleberei (ohne Estrichlegerei)
779	Sonstiges Ausbaugewerbe
7791	Ofen- und Herdsetzerei
7799	Sonstiges Ausbaugewerbe (ohne Ofen- und Herdsetzerei)

reich besondere Bedeutung; auf sie entfällt rund die Hälfte des Gesamtumsatzes der Branche. Der Versuch, diese Datenlücke mit Hilfe der Umsatzsteuerstatistik zu schließen, scheiterte an den konzeptionellen Unterschieden der Statistiken und der fehlenden Möglichkeit zum Abgleich der Berichtskreise, wie er bei den anderen Ausgangsstatistiken über die Unternehmens- bzw. Betriebsnummer gegeben ist. Die Einführung eines

neuen Rechenverfahrens für das Ausbaugewerbe mußte daher zunächst zurückgestellt werden. Das Koordinierungsland Rheinland-Pfalz ist aufgefordert, bis zur nächsten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder eine Lösung zu finden.

Diplom-Volkswirt Hans Libowitzky

Rheinland-Pfalz heute – 1992/93



Der vierfarbige Prospekt „Rheinland-Pfalz heute“ ist eine Broschüre in handlichem Hochformat, die im September erscheinen wird.

Auf 20 Seiten werden wichtige Daten über die Bevölkerung, die Kultur, die Arbeit, die Wirtschaft und den Staat vorgestellt. Vergleichszahlen für die Flächenländer und das Bundesgebiet sowie statistische Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise ergänzen den Prospekt.

Den Abschluß bildet eine Seite mit Angaben über die Stadt Neuwied, die Veranstaltungsort des Rheinland-Pfalz-Tages 1993 ist.

Einzelexemplare werden zum Preis von 1,00 DM (zuzüglich Porto) abgegeben. Ab 100 Exemplare wird Mengenrabatt gewährt. Bestellungen nimmt das Statistische Landesamt in Bad Ems telefonisch unter der Nummer 02603/71 245 entgegen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 734	3 789	3 776	3 781	3 785
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 097	2 066 ^p	1 594 ^p	3 761 ^p	2 578 ^p	1 483 ^p	1 832 ^p	2 895 ^p	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,7	6,5 ^p	5,2 ^p	11,8 ^p	8,3 ^p	4,6 ^p	5,8 ^p	8,9 ^p	...
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 561	3 526 ^p	3 657 ^p	3 528 ^p	3 395 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,4	11,1 ^p	11,8 ^p	11,0 ^p	10,9 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 651	3 630 ^p	3 889 ^p	3 591 ^p	3 166 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,7	11,4 ^p	12,6 ^p	11,2 ^p	10,2 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	29	24 ^p	25 ^p	25 ^p	23 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	8,2	6,8 ^p	7,2 ^p	6,9 ^p	6,7 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 90	- 104 ^p	- 232 ^p	- 63 ^p	229 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,3	- 0,3 ^p	- 0,8 ^p	- 0,2 ^p	0,7 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	12 323	11 775	10 146	10 098	10 942
* Fortgezogene	Anzahl	7 079	6 862	6 398	5 706	6 625
* Wanderungssaldo	Anzahl	5 244	4 913	3 748	4 392	4 317
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 838	11 122	10 273	10 072	10 193
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	93 064	82 334	79 748	76 857	79 911	86 817	85 120	82 129	81 071
* Männer	Anzahl	45 652	41 970	40 160	38 379	39 597	46 540	44 934	42 839	42 139
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 783	4 231	.	.	3 584	5 311	.	.	4 234
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	30 495	27 136	.	.	26 067	29 795	.	.	27 681
Arbeitslosenquote	%	6,3	5,4	5,2	5,0	5,2	5,6	5,4	5,3	5,2
Offene Stellen	Anzahl	13 956	17 425	17 701	18 919	19 483	19 618	20 325	21 453	21 975
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	993	1 187	.	.	1 317	1 523	.	.	1 384
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 419	5 510	.	.	5 826	5 535	.	.	5 810
Kurzarbeiter	Anzahl	4 227	6 764	6 632	5 794	4 642	11 413	10 623	14 548	12 571
Männer	Anzahl	3 289	5 086	4 633	4 357	3 359	8 247	7 241	10 046	9 122
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾	t	14 754	15 374	16 070	15 611	14 130	15 015	14 487	14 045	14 034
* Rinder	t	4 786	5 727	5 954	6 080	4 974	5 218	5 177	4 555	4 511
* Kälber	t	26	43	44	42	33	34	56	31	29
* Schweine	t	9 788	9 464	9 946	9 368	8 981	9 645	9 094	9 352	9 339
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	69	66	70	76	73	66	70	74	69
* an Molkereien geliefert	%	94,2	94,6	95,0	95,5	96,1	93,0	95,6	96,1	95,1
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 614	2 666	2 668	2 665	2 665	2 684	2 682	2 673	2 674
* Beschäftigte	1 000	386	394	393	393	394	389	388	386	386
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	263	268	267	267	268	263	261	259	259
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 196	35 271	36 908	34 846	35 067	35 744	35 129	33 744	33 793
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 608	1 725	1 597	1 726	1 758	1 653	1 676	1 666	1 879
* Löhne	Mill. DM	917	980	899	1 008	973	926	932	935	1 044
* Gehälter	Mill. DM	691	745	698	718	785	727	744	730	362
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 555	9 110	9 380	8 922	9 232	9 544	9 345	8 820	9 217
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 133	3 052	3 217	2 973	3 045	3 281	3 255	2 980	3 028
* Exportquote ⁹⁾	%	36,6	33,5	34,3	33,3	33,0	34,4	34,8	33,8	32,9

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Kohleverbrauch ¹⁾³⁾	1 000t SKE	257	252	-	-	257	287	-	-	297
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. m ³	672	725	-	-	662	582	-	-	824
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	131	133	-	-	113	157	-	-	109
davon										
* leichtes Heizöl	1 000t	56	60	-	-	48	76	-	-	41
* schweres Heizöl	1 000t	75	73	-	-	66	80	-	-	68
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 121	1 135	1 143	1 120	1 120	1 197	1 163	1 151	1 118
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	198	209	198	201	184	258	249	228	220
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	116	118	121	115	118	123	120	116	115
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	119	117	119	116	120	125	124	123	119
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	110	113	115	123	128	115	126	129	136
Chemische Industrie	1985 = 100	122	119	121	118	121	128	128	126	120
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	111	108	111	104	106	109	108	101	102
Maschinenbau ; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	120	103	107	94	86	92	97	89	90
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	91	91	95	94	97	101	99	92	87
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	116	128	129	122	126	136	124	117	118
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	63	61	65	48	45	77	47	44	43
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	131	155	164	149	147	152	143	144	153
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	421	425	428	412	379
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 484	3 302	3 381	3 208	3 244
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	883	1 715	1 869	1 730	1 796
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	1 994	1 981	1 911	1 861	1 800
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	419	446	414	373	332	576	453
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	89	89	-	-	87	86	-	-	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	170	184	-	-	190	159	-	-	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 218	61 200	60 948	61 328	61 425	59 154 ^p	59 884 ^p	60 140 ^p	...
Facharbeiter	Anzahl	31 745	31 347	31 025	30 840	35 531	29 531 ^p	29 615 ^p	29 638 ^p	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 907	15 528	15 522	16 126	12 032	15 713 ^p	16 417 ^p	16 644 ^p	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 077	6 670	7 392	7 037	7 300	6 325 ^p	7 111 ^p	7 057 ^p	...
Privater Bau	1 000	4 635	4 309	4 732	4 534	4 664	4 132 ^p	4 565 ^p	4 570 ^p	...
* Wohnungsbau	1 000	2 659	2 431	2 636	2 554	2 641	2 392 ^p	2 688 ^p	2 736 ^p	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	55	23	8	23	42	9 ^p	8 ^p	9 ^p	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 921	1 855	2 088	1 957	1 981	1 731 ^p	1 869 ^p	1 825 ^p	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 442	2 361	2 660	2 503	2 636	2 193 ^p	2 546 ^p	2 487 ^p	...
Hochbau	1 000	523	510	531	507	533	427 ^p	451 ^p	443 ^p	...
Tiefbau	1 000	1 919	1 851	2 129	1 996	2 103	1 766 ^p	2 095 ^p	2 044 ^p	...
Straßenbau	1 000	995	953	1 042	1 045	1 075	881 ^p	1 088 ^p	1 070 ^p	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	212	225	219	234	219	210 ^p	221 ^p	233 ^p	...
* Löhne	Mill. DM	173	182	179	192	176	168 ^p	179 ^p	189 ^p	...
* Gehälter	Mill. DM	39	43	40	42	43	42 ^p	42 ^p	44 ^p	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	661	715	650	707	776	664 ^p	691 ^p	750 ^p	...

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	935	896	1 067	876	1 099	1 177	1 028	1 050	1 131
* mit 1 Wohnung	Anzahl	671	616	781	601	731	790	679	700	729
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	164	155	171	158	216	245	222	231	252
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	99	122	115	117	152	142	127	119	150
* Umbauter Raum	1000 m³	1 027	1 045	1 194	1 019	1 369	1 535	1 172	1 159	1 347
* Wohnfläche	1000 m²	175	182	205	177	244	266	207	201	232
Wohnräume	Anzahl	8 100	8 524	9 371	8 099	11 451	12 076	9 574	9 317	10 535
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	346	371	418	355	492	572	437	430	501
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	2	7	3	6	4	5	2	3
Unternehmen	Anzahl	152	162	116	105	139	137	151	120	140
Private Haushalte	Anzahl	780	731	944	768	954	1 036	872	928	988
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	169	174	168	189	243	191	174	176	169
* Umbauter Raum	1000 m³	915	1 005	1 350	718	1 490	1 157	877	822	1 158
* Nutzfläche	1000 m²	145	159	221	117	238	160	154	130	167
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	178	209	276	163	324	180	186	151	231
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	19	34	35	40	35	17	24	26
Unternehmen	Anzahl	139	139	132	147	194	138	144	144	132
Private Haushalte	Anzahl	5	8	2	7	9	18	13	8	11
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 036	2 254	2 342	2 083	3 327	3 083	2 355	2 304	2 564
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 013	2 959	2 956	2 904	2 926	3 209	3 308
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 655	1 622	1 668	1 563	1 644	1 841	1 819
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	223	225	235	230	225	290	270
Dänemark	Mill. DM	45	49	51	47	53	54	56
Frankreich	Mill. DM	446	432	437	379	429	429	456
Griechenland	Mill. DM	30	28	29	32	26	32	36
Großbritannien	Mill. DM	285	266	249	252	260	298	295
Irland	Mill. DM	12	11	13	11	11	10	14
Italien	Mill. DM	273	258	287	257	263	292	291
Niederlande	Mill. DM	210	211	220	208	220	282	243
Spanien	Mill. DM	108	117	119	123	132	131	132
Portugal	Mill. DM	23	26	29	24	25	24	27
USA und Kanada	Mill. DM	205	195	199	190	213	244	239
Japan	Mill. DM	66	69	57	81	61	64	70
Entwicklungsländer	Mill. DM	397	408	365	425	349	370	457
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	106	91	110	97	90	92	120
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 046	2 340	2 444	2 372	2 360	2 626	2 566
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 155	1 340	1 390	1 397	1 341	1 556	1 474
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	224	303	318	321	336	411	300
Dänemark	Mill. DM	30	45	43	39	33	46	53
Frankreich	Mill. DM	282	313	318	320	302	322	337
Griechenland	Mill. DM	8	8	18	9	7	13	7
Großbritannien	Mill. DM	96	107	98	102	102	122	135
Irland	Mill. DM	11	13	14	17	10	13	14
Italien	Mill. DM	195	203	219	215	198	206	222
Niederlande	Mill. DM	212	230	236	249	233	271	258
Spanien	Mill. DM	80	98	108	107	103	132	129
Portugal	Mill. DM	17	20	17	17	17	21	19
USA und Kanada	Mill. DM	142	162	194	167	188	190	262
Japan	Mill. DM	100	132	155	137	141	157	126
Entwicklungsländer	Mill. DM	287	312	321	324	325	308	313
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	52	59	100	48	48	71	62

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	102	103	103	102	103	101	101	101	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	119	125	126	126	123	125	133	124	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	107	111	110	110	111	111	111	110	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124	132	138	133	138	134	133	124	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	96	92	93	96	97	92	95	97	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	99	94	96	99	100	96	96	97	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	106	109	107	120	118	100	111	131	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	111	116	111	131	131	97	113	140	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	103	105	105	113	110	101	110	124	...
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	516	521	460	624	580	366	468	619	...
* Ausländer	1000	122	120	94	131	140	70	92	123	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 757	1 866	1 560	2 095	2 087	1 231	1 642	2 036	...
* Ausländer	1000	386	414	293	420	457	225	283	377	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	1 509	1 471	1 627	1 630	1 573
* Güterversand	1000 t	931	889	898	904	870
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 289	17 241	22 809	20 945	21 792	21 136	20 621	18 454	17 616
Krafträder	Anzahl	564	654	1 388	1 069	915	1 841	1 908	1 379	1 143
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 731	15 455	19 970	18 651	19 565	17 941	17 292	15 777	15 207
* Lastkraftwagen	Anzahl	662	787	931	803	863	910	907	880	810
Zugmaschinen	Anzahl	197	185	292	213	238	226	148	228	277
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	10 466	10 233	10 249	10 303	10 505	9 115	9 578	10 511 ^p	9 498 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 601	1 539	1 613	1 606	1 711	1 363	1 453	1 815 ^p	1 700 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 865	8 694	8 636	8 697	8 794	7 752	8 125	8 696 ^p	7 798 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 194	2 086	2 196	2 101	2 355	1 848	1 977	2 412 ^p	2 250 ^p
* Getötete	Anzahl	44	39	44	37	39	27	40	44 ^p	51 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	28	21	27	15	19	19	20	19 ^p	23 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	6	7	9	9	2	8	19 ^p	16 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	3	2	2	4	1	3	4 ^p	6 ^p
Fußgänger	Anzahl	6	8	7	8	5	5	4	2 ^p	4 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	575	559	616	597	636	495	510	628 ^p	625 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	336	320	365	299	361	314	291
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	97	94	113	148	138	56	107
Radfahrer	Anzahl	57	57	58	64	71	47	42
Fußgänger	Anzahl	64	68	64	74	47	62	39
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	57	59	63	75	63	56	92	52	73
Angemeldete Forderungen	1000 DM	21 884	38 070	62 125	33 193	34 239	29 258	58 172	36 178	43 907
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	1	-	-	1	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	356	347	403	333	331	360	.	.	389
* Wechselsumme	1000 DM	3 163	4 229	3 876	3 757	3 767	4 642	.	.	8 509

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Kredite und Einlagen¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	100 419	100 048	94 979	95 296	96 095	99 932	·	·	101 622
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	97 964	98 090	92 884	93 225	93 973	98 035	·	·	99 734
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	17 679	20 478	18 140	18 455	18 963	20 200	·	·	20 678
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	17 388	19 357	17 744	17 877	18 635	19 697	·	·	20 105
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	291	1 121	396	578	327	503	·	·	573
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	8 838	10 344	9 274	9 285	9 451	10 409	·	·	10 608
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	6 729	7 615	6 954	7 054	7 094	7 699	·	·	7 974
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 109	2 729	2 320	2 231	2 357	2 710	·	·	2 634
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	71 447	67 268	65 470	65 486	65 559	67 426	·	·	68 449
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	59 818	59 293	57 205	57 255	57 315	59 511	·	·	60 598
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 628	7 975	8 265	8 231	8 244	7 915	·	·	7 851
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	92 721	96 418	91 606	91 865	92 005	94 909	·	·	96 144
* Sichteinlagen	Mill. DM	14 511	15 224	13 037	13 251	13 449	13 682	·	·	14 560
* Termineinlagen	Mill. DM	39 025	42 243	40 606	40 842	40 938	43 137	·	·	43 682
* Spareinlagen	Mill. DM	39 184	38 951	37 963	37 772	37 617	38 089	·	·	37 901
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	3 659	4 216	2 128	1 817	1 709	2 979	·	·	2 761
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 901	2 350	2 449	2 007	1 864	3 099	·	·	2 674
Steuern³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 619 863	1 809 247	1 119 160	1 676 292	2 084 576	1 983 222	1 275 058	1 933 717	2 366 419
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	1 120 714	1 245 992	592 747	1 129 410	1 549 585	1 471 063	697 517	1 302 515	1 760 289
* Lohnsteuer	1 000 DM	812 781	920 443	625 648	1 077 313	730 454	682 273	723 136	1 202 935	757 750
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	148 868	164 877	–	423 433	–	–	–	491 075	–
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	115 837	146 987	– 43 576	– 43 396	429 865	470 141	– 93 246	– 44 509	458 497
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	41 749	42 845	11 557	29 159	24 549	10 947	12 456	23 204	192 588
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	150 346	135 717	– 882	66 334	364 717	307 702	55 171	120 885	351 454
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	19 563	20 932	–	50 286	–	1 081	–	47 190	–
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	499 150	563 255	526 413	546 882	534 991	512 159	577 541	631 202	606 130
* Umsatzsteuer	1 000 DM	339 379	386 170	350 299	356 851	361 909	333 510	389 286	459 317	428 934
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	159 771	177 085	176 114	190 031	173 082	178 649	188 255	171 885	177 196
* Zölle	1 000 DM	11 877	13 311	14 075	16 343	13 027	11 616	13 931	12 414	11 796
* Bundessteuern	1 000 DM	80 544	130 597	62 739	84 924	82 181	218 892	135 712	154 486	215 910
Kapitalverkehrssteuern	1 000 DM	1 859	1 738	557	1 518	887	362	250	539	198
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	76 260	89 685	59 933	80 971	79 011	97 465	78 420	94 090	78 646
Solidaritätszuschlag	1 000 DM		36 066	–	–	–	118 435	54 309	56 972	134 339
* Landessteuern	1 000 DM	91 563	109 413	94 990	147 042	80 399	109 482	106 866	153 038	93 943
* Vermögensteuer	1 000 DM	21 432	23 460	9 013	61 655	4 650	5 000	4 690	68 327	7
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	42 963	49 718	55 314	43 326	41 995	67 277	68 353	57 398	62 052
* Biersteuer	1 000 DM	6 392	7 484	2 748	10 652	8 019	5 845	6 272	7 628	7 829

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ohne die durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Gemeindesteuern ¹⁾	1 000 DM	639 479	679 432 ^p	-	-	685 233	...	-	-	-
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 102	8 401 ^p	-	-	9 287	...	-	-	-
* Grundsteuer B	1 000 DM	104 286	106 702 ^p	-	-	106 457	...	-	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	466 448	499 087	-	-	506 001	...	-	-	-
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	45 384	49 024 ^p	-	-	41 515	...	-	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	908 052	1 051 508	690 496	927 735	1 117 699	1 200 301	849 791	1 129 358	1 460 959
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	490 710	542 939	252 717	487 162	687 769	649 101	301 518	564 297	789 004
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	324 453	366 016	342 173	355 478	347 748	332 254	375 422	410 271	456 003
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	841 589	904 793	616 619	883 018	1 006 765	925 148	680 543	981 495	1 165 083
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	486 496	538 157	248 533	482 569	685 196	638 517	290 812	559 662	784 324
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	251 184	244 350	237 719	253 223	241 169	177 091	238 646	268 432	286 766
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1 000 DM	989 035	1 083 743 ^p	-	-	1 024 785	...	-	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	1 000 DM	398 194	423 125	-	-	429 136	...	-	-	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	417 809	480 273	-	-	416 416	...	-	-	-
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	107,0	110,7	109,5	109,9	110,5	114,2	114,5	115,0	115,2
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	105,6	108,6	108,2	108,7	109,3	111,9	112,5	113,1	113,2
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	116,4	124,3	-	124,3	-	-	-	131,0	-
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	20,01	21,31	20,79	-	-	-	...	-	-
* Männliche Arbeiter	DM	20,97	22,31	21,76	-	-	-	...	-	-
* Facharbeiter	DM	22,05	23,44	22,87	-	-	-	...	-	-
* Angelernte Arbeiter	DM	20,15	21,52	20,92	-	-	-	...	-	-
* Hilfsarbeiter	DM	18,05	19,11	18,69	-	-	-	...	-	-
* Weibliche Arbeiter	DM	14,71	15,75	15,33	-	-	-	...	-	-
* Hilfsarbeiter	DM	14,60	15,62	15,12	-	-	-	...	-	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,9	39,5	39,7	-	-	-	...	-	-
* Männliche Arbeiter	Std.	40,2	39,8	40,1	-	-	-	...	-	-
* Weibliche Arbeiter	Std.	38,4	38,0	37,9	-	-	-	...	-	-
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 942	5 252	5 141	-	-	-	...	-	-
* Kaufmännische Angestellte	DM	4 443	4 716	4 628	-	-	-	...	-	-
* männlich	DM	5 311	5 610	5 516	-	-	-	...	-	-
* weiblich	DM	3 474	3 714	3 624	-	-	-	...	-	-
* Technische Angestellte	DM	5 346	5 676	5 546	-	-	-	...	-	-
* männlich	DM	5 468	5 809	5 674	-	-	-	...	-	-
* weiblich	DM	3 924	4 208	4 096	-	-	-	...	-	-
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 389	3 576	3 562	-	-	-	...	-	-
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 366	3 549	3 520	-	-	-	...	-	-
* männlich	DM	3 983	4 173	4 162	-	-	-	...	-	-
* weiblich	DM	2 824	2 993	2 945	-	-	-	...	-	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	63 253	...	63 846	63 909	63 965
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	34 504 ^p	37 771 ^p	25 675 ^p	26 778 ^p	58 870 ^p	19 116 ^p	26 575 ^p	35 019 ^p	...
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	60 303 ^p	69 023 ^p	57 828 ^p	60 785 ^p	61 146 ^p	64 756 ^p	69 715 ^p	64 703 ^p	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 142 ^p	75 067 ^p	58 886 ^p	59 595 ^p	57 770 ^p	73 564 ^p	78 398 ^p	73 699 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	1 161 ^p	- 6 045 ^p	- 1 058 ^p	1 190 ^p	3 376 ^p	- 8 808 ^p	- 8 683 ^p	- 8 996 ^p	...
Arbeitslose	1 000	1 883	1 689	1 731	1 652	1 604	1 863	1 768	1 747	1 704
Männer	1 000	968	898	938	871	842	1 050	975	946	918
Arbeitslosenquote	%	7,2	6,3	6,5	6,2	6,0	6,8	6,5	6,4	6,2
Offene Stellen	1 000	314	331	341	349	358	338	357	357	358
Kurzarbeiter	1 000	56	145	139	145	111	249	266	247	246
Männer	1 000	45	117	115	118	85	197	203	181	176
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 411	7 515	7 514	7 506	7 501	7 422	7 417	7 384	7 356
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	666	663	671	697	648	658	688	661	628
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	151 940	162 463	163 204	167 500	155 264	158 573	173 757	165 788	157 558
Auslandsumsatz	Mill. DM	44 318	43 557	44 096	45 501	41 048	43 116	48 039	44 874	42 258
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	118	121	123	126	117	120	127	126	117
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1985 = 100	111	112	115	118	112	114	122	118	115
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	126	128	132	120	124	133	132	121
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	118	123	127	129	115	123	131	129	118
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1985 = 100	119	129	124	130	126	119	124	127	119
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 089	...	36 002	37 593	36 165
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 730	...	4 095	3 399	3 166
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Bauhauptgewerbe	1 000	1 034	1 061	1 040	1 063	1 067	1 020	1 044 ^p	1 056 ^p	1 062 ^p
Beschäftigte	1 000	112	111	111	128	117	90	114 ^p	121 ^p	117 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. DM	11 639	12 911	9 780	12 053	12 552	9 543	12 240 ^p	13 165 ^p	13 950 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	11 639	12 911	9 780	12 053	12 552	9 543	12 240 ^p	13 165 ^p	13 950 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	12 747	11 855	11 562	12 982	12 034	9 893	14 530	11 909	...
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 912	9 875	9 804	11 027	10 061	8 196	12 241	9 912	...
Wohnfläche	1 000 m ²	2 575	2 553	2 445	2 731	2 536	2 171	3 151	2 610	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 904	2 926	2 667	3 035	3 032	2 191	2 920	2 497	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	32 612	33 385	30 984	35 092	32 731	28 187	40 412	33 254	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	125,6	136,4	142,4	138,8	135,6	124,4	139,0	140,8	...
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	116,3	120,8	113,9	118,4	131,6	106,3	116,5

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991			1992			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 554	54 017	56 193	53 984	54 657	54 961
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	29 188	29 998	30 571	30 101	29 663	30 578
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 980	4 052	4 300	4 141	3 946	4 280
Frankreich	Mill. DM	6 981	7 292	7 195	7 292	7 252	6 822
Großbritannien	Mill. DM	4 559	4 231	4 320	4 166	4 186	4 321
Italien	Mill. DM	4 998	5 107	5 181	5 184	5 104	5 324
Niederlande	Mill. DM	4 523	4 672	5 005	4 796	4 540	4 719
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	45 881	53 784	53 355	55 383	55 441	52 745
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	23 882	27 933	28 842	28 611	29 079	27 501
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 313	3 824	4 062	4 213	4 159	3 767
Frankreich	Mill. DM	5 425	6 572	6 821	7 033	6 578	6 513
Großbritannien	Mill. DM	3 087	3 559	3 611	3 475	3 688	3 511
Italien	Mill. DM	4 319	4 997	5 016	5 087	5 039	4 894
Niederlande	Mill. DM	4 662	5 222	5 417	5 153	5 742	5 007
Geld und Kredit ^{3) 4)}									
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)									
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 815	3 086	2 851	2 866	2 890	3 119	3 140	3 183
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 210	2 456	2 244	2 257	2 276	2 482	2 505	2 530
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	604	629	606	609	614	637	635	653
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 641	2 176	1 653	1 649	2 034	2 150	2 150	2 164
Spareinlagen	Mrd. DM	756	754	742	737	733	748	746	743
Steuern ⁵⁾									
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	34 127	40 372	44 011	29 568	31 976	35 805 ^P	50 794	...
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	21 253	24 900	30 803	15 422	15 891	16 915 ^P	36 022	...
Lohnsteuer	Mill. DM	14 799	17 848	13 785	14 742	15 344	16 558 ^P	16 957	...
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 043	3 461	9 297	- 291	- 339	14 ^P	10 601	...
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	12 410	14 973	13 197	13 136	15 769	18 844 ^P	14 782	...
Umsatzsteuer	Mill. DM	6 612	8 233	6 537	6 180	8 579	...	8 002	...
Zölle	Mill. DM	597	692	622	687	715	721 ^P	670	...
Bundessteuern	Mill. DM	5 490	7 802	6 649	5 810	6 850	9 943 ^P	10 573	...
Versicherungssteuer	Mill. DM	369	488	391	311	366	2 303 ^P	788	...
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	4 964	6 352	6 174	5 412	6 416	...	7 037	...
Preise									
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁶⁾	1985 = 100	95,7	98,3	96,8	97,1	98,2	101,4	101,8	102,4
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	1985 = 100	94,7	94,1	94,7	94,2	95,9	98,1	97,9	97,4 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	1985 = 100	101,0	103,4	102,0	102,9	103,0	104,3	104,6	104,9
Preisindex für Wohngebäude									
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	115,9	124,6	-	-	124,6	128,7	-	-
Bauleistungen am Bauwerk ⁷⁾	1985 = 100	116,4	124,3	-	-	124,3	128,5	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	113,2	121,0	-	-	121,0	125,3	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	107,0	110,7	109,0	109,5	109,9	113,8	114,2	114,5
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	105,6	108,6	107,6	108,2	108,7	111,7	111,9	112,5
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	107,5	110,1	109,2	109,5	109,8	112,2	112,5	112,7
Wohnungsmieten	1985 = 100	112,5	117,3	115,7	116,2	116,8	121,1	121,7	122,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	85,5	89,4	86,8	87,3	88,2	90,0	89,4	89,8
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	107,3	110,5	109,3	109,6	110,3	113,1	113,4	113,8
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	110,3	113,8	112,5	112,7	112,9	116,8	117,1	117,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	106,1	112,1	107,7	109,5	110,0	115,3	116,2	116,6
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	106,1	108,1	107,8	107,8	107,8	112,3	112,4	112,3
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	115,3	118,0	116,5	116,1	116,2	122,0	122,2	122,3

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Monat Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Ab Januar 1991 = Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 6) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 7) Ohne Baunebenleistungen.

Seit 1980 wächst der Außenhandel mit Spanien durchschnittlich pro Jahr um 15 %

Spanien erlangt für den rheinland-pfälzischen Außenhandel eine immer größere Bedeutung. Mit 1,4 Mrd. DM erreichten die Exporte nach Spanien 1991 im Vergleich zu 1980 (358 Mill. DM) annähernd den vierfachen Wert. Die Importe spanischer Produkte waren 1991 mit 1,2 Mrd. DM mehr als fünfmal so groß wie 1980 (224 Mill. DM). Im letzten Jahr expandierten die Exporte um 8,2 % und die Importe um 22 %.

Außenhandel mit Spanien von 1980 bis 1991

Jahr	Insgesamt	Ausfuhr ¹⁾	Einfuhr ²⁾
	Mill. DM		
1980	582	358	224
1981	640	390	250
1982	691	418	273
1983	764	438	326
1984	859	477	382
1985	970	563	407
1986	1221	755	466
1987	1370	889	481
1988	1670	1010	660
1989	2023	1273	750
1990	2256	1296	960
1991	2575	1402	1173

1) Spezialhandel. – 2) Generalhandel.

1991 erreichte der Anteil Spaniens an den rheinland-pfälzischen Exporten in die EG-Staaten 7,2 % (1980: 3,4 %). An den Importen aus den EG-Staaten hatte das Land auf der iberischen Halbinsel einen Anteil von 7,3 % (1980: 2,5 %). Der Außenhandel zwischen Rheinland-Pfalz und Spanien wuchs seit 1980 im Jahresdurchschnitt um 15 %. Vor allem in den Jahren 1986, 1988 und 1989 weitete sich das Außenhandelsvolumen mit Spanien, das am 1. Januar 1986 in den Kreis der EG-Vollmitglieder eintrat, stark aus. Ein Drittel (858 Mill. DM) des gesamten Außenhandels 1991 in Höhe von 2,6 Mrd. DM entfiel auf Kraftfahrzeuge. kl

Zunahme des Außenhandels in Rheinland-Pfalz

Im April 1992 führte die rheinland-pfälzische Wirtschaft Waren und Dienstleistungen im Wert von 3,3 Mrd. DM aus. Das sind 12 % mehr als im April 1991. Gleichzeitig stieg die Einfuhr um 5 % auf 2,6 Mrd. DM.

Im Zeitraum von Januar bis April 1992 wurden für 12,5 Mrd. DM Güter aus Rheinland-Pfalz exportiert. Die

Zunahme gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres beträgt 3,7 %. Die Importe weiteten sich um 4,6 % auf 9,9 Mrd. DM aus.

In die Länder der Europäischen Gemeinschaft wurden von Januar bis April 1992 für 7 Mrd. DM (+5,6 %) Güter exportiert. Das entspricht 57 % der Gesamtausfuhr des Landes. Die Einfuhren aus den EG-Staaten beliefen sich auf 5,7 Mrd. DM (+3,0 %) und erreichen einen Anteil von 57 %. kl

Starker Zuwachs der Zahl der Übernachtungen im Rheintal

In den ersten fünf Monaten des Jahres besuchten 2 Mill. Gäste die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe, die fast 7 Mill. Übernachtungen verbuchen konnten. Das sind 4 % bzw. 2,4 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Die meisten Übernachtungen (2,2 Mill. / +7,6 %) waren in Hotels zu verzeichnen. Es folgen die Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten mit 1,1 Mill. Übernachtungen (+5,3 %) vor den Privatzimmervermietern (820 000 / +3,6 %). Die Zahl der Übernachtungen in Ferienzentren (730 000) und Ferienhäusern (210 000) ist mit –0,6 bzw. –7,3 % rückläufig.

Die beliebteste Ferienregion war mit 1,6 Mill. Übernachtungen (+3,3 %) das Gebiet Eifel/Ahr. An Mosel und Saar sowie in der Pfalz betrugen die Übernachtungszahlen jeweils 1,2 Mill. (+1,4 bzw. +0,1 %), in den Fremdenverkehrsgemeinden von Westerwald/Lahn/Taunus 780 000 (+4,8 %). Der stärkste Zuwachs ist bei den Zahlen für das Rheintal (+10,3 % / 720 000) festzustellen. Für die Gemeinden im Hunsrück, an der Nahe und der Glan wurde mit 940 000 Übernachtungen kaum eine Veränderung, für Rheinhessen mit 400 000 sogar ein Minus von 2,2 % registriert. el

Trunkenheit am Steuer häufigster Grund für den Führerscheinentzug

Im Jahre 1991 wurden in Rheinland-Pfalz von Gerichten und Verwaltungsbehörden rund 8 000 Führerscheine der Klassen Eins bis Fünf eingezogen. Das sind 5,8 % mehr als 1990. In fast 7 300 Fällen (91 %) war Trunkenheit der Grund.

Außerdem wurden 1 650 isolierte Sperren – unter anderem wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis – ausgesprochen (+2,9 %). Befristete Fahrverbote verhängten die Behörden in rund 4 500 Fällen. Das sind 1,8 % weniger als im Vorjahr. schm

Ernteerträge und -aussichten 1991

Während insbesondere im Norden und im Nordosten Deutschlands von Anfang Mai bis Anfang Juli in vielen Gebieten kein Regen fiel, blieb Rheinland-Pfalz von dieser seit Jahrzehnten schlimmsten Trockenheit weitgehend verschont. Überwiegend kam der Regen im Juni gerade noch rechtzeitig.

Bei Getreide können überdurchschnittliche und ähnlich gute Flächenleistungen wie im Vorjahr erwartet werden. Dies wird trotz einzelner trockenheitsbedingter Ertragsminderungen auch bei der in Rheinland-Pfalz bedeutenden Sommergerste zutreffen. Mit 55 bis 60 dt/ha dürfte die Wintergerste sogar eine höhere Flächenleistung als 1991 bringen. Ebenso ist ein besserer Ertrag bei Roggen möglich. Dabei wird die Erntemenge von Roggen durch den eingeschränkten Anbau jedoch unterschritten werden. Insgesamt dürfte bei nahezu unverändertem Anbauumfang eine Getreideernte von 1,43 bis 1,47 Mill. t zu erwarten sein.

Ein verstärkter Anbau und höhere Hektarleistungen hatten eine umfangreiche Frühkartoffelernte zur Folge. Raps liefert die niedrigste Flächenleistung der vergangenen Jahre.

Im Weinbau bestehen ausnahmslos sehr gute Ertragsaussichten. Auch beim Obst gibt es eine reichliche Ernte. Günstige Temperaturen haben ebenso bei den meisten Gemüsearten zu sehr guten Flächenleistungen beigetragen. hü

Mehr über dieses Thema auf Seite 176

Weniger Rinder und Schafe

Anfang Juni umfaßte der Rinderbestand in Rheinland-Pfalz rund 510 000 Tiere. Nach dem Ergebnis der repräsentativen Viehzählung betrug der Rückgang gegenüber dem Vorjahr rund 6%. Dies ist überwiegend auf einen fortgesetzten Abbau des Milchkuhbestandes zurückzuführen (- 7%). Sowohl der weitere Herauskauf von Referenzmengen als auch der allgemeine Strukturwandel haben die Zahl der Milchkühe auf 159 000 sinken lassen. Seit Juni 1991 ging der Bestand an männlichen Rindern auf rund 79 000 Tiere zurück (- 6%). Die Zahl der Ammen- und Mutterkühe ist weiter gestiegen (+ 18%) und hat fast 31 000 erreicht. Der Schafbestand nahm gegenüber dem Vorjahr um 4% auf 172 000 Tiere ab. Aufgrund der Bestandszusammensetzungen sowohl bei Rindern als auch bei Schafen ist mit einer Ausdehnung der Viehhaltung mittelfristig nicht zu rechnen. hü

Weniger Bundesbedienstete in Rheinland-Pfalz

Im unmittelbaren Bundesdienst waren Mitte 1991 in Rheinland-Pfalz 61 114 Vollzeitbeschäftigte und 8 315 Teilzeitbeschäftigte. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ging gegenüber dem Vorjahr um mehr als 1 200 zurück, wogegen die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 150 zunahm. Damit sind 6,2% der Vollzeitkräfte und 6,5% der Teilzeitkräfte des Bundes in Rheinland-Pfalz tätig.

Die Deutsche Bundespost ist mit 29 273 Bediensteten der größte Arbeitgeber, gefolgt von den Bundesbehörden mit 26 487 und der Bundesbahn mit 13 559. Bei der Bundespost sind die meisten Teilzeitbeschäftigten tätig, bei der Bundesbahn nur wenige.

Im mittelbaren Bundesdienst sind in Rheinland-Pfalz 5 982 Vollzeit- und 1 025 Teilzeitkräfte beschäftigt, davon bei den Sozialversicherungsträgern unter Aufsicht des Bundes 3 028 bzw. 417. Die übrigen gehören der Arbeitsverwaltung an. la

Weniger Straßenverkehrsunfälle, aber mehr Verkehrstote

Im Juni 1992 wurden in Rheinland-Pfalz 9 498 Straßenverkehrsunfälle polizeilich registriert. Das sind 9,6% weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die reinen Sachschadensunfälle gingen um 11,3% auf 7 798 zurück. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden nahm um 0,6% auf 1 700 ab, die der Verkehrstoten erhöhte sich um 12 Personen auf 51. Es mußten 625 Schwerverletzte (- 1,7%) stationär behandelt werden.

Diese Tendenzen spiegeln sich auch in den Halbjahresergebnissen wider. Während im ersten Halbjahr 1992 in Rheinland-Pfalz die Zahl der Verkehrsunfälle insgesamt um 6,4% auf 55 936 gesunken ist, nahm die der getöteten Verkehrsteilnehmer von 220 auf 234 Personen zu. kl

Trend zu mehr Hubraum bei Personenwagen

Am 1. Juli 1992 waren in Rheinland-Pfalz 2,35 Mill. Kraftfahrzeuge zugelassen. Damit ist der Bestand gegenüber dem gleichen Stichtag des Vorjahres um 2,5% gewachsen.

Die Zahl der Personenwagen stieg um 2,4% auf knapp 2 Mill. Während der Bestand an Fahrzeugen mit weniger als 1,4 l Hubraum leicht zurückging, nahm die Zahl der Fahrzeuge mit 1,4 bis 2 l Hubraum um 3,2% zu und die der Wagen über 2 l Hubraum sogar um 5,6%.

Auch ist ein Trend zu variabel einsetzbaren oder für Freizeitaktivitäten geeigneten Fahrzeugen zu erkennen. So erhöhte sich der Bestand an Kombis um 10,2%, an Wohnmobilen um 7,5% und an Krafträdern um 7,0%. gr

Zeichenerklärungen

-	genau Null / nichts vorhanden	D	Durchschnitt
0	Zahl ungleich Null, aber kleiner als die Hälfte des Wertes der kleinsten ausgewiesenen Stelle	p	vorläufige Angabe
.	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigte Angabe
...	Angabe fällt später an	s	geschätzte Angabe
()	Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.